

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **12. und 13. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2016/2017 vom 5. Dezember 2016

von 16.15 Uhr bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 22.30 Uhr

Vorsitz: Ch. Leupi (SVP)
Protokoll: K. Lang
Entschuldigt: D. Schneider (FDP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*	16.117 (DSU)	Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Ergänzung der gesetzlichen Grundlagen	M. Nater
2.*	16.118 (DSU)	Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung 2017 zulasten der verschiedenen Geschäftsfelder	M. Nater
3.*	16.113 (DFI)	Budget 2017 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2017 «Novemberbrief»	Verschiedene
4.	16.95 (DSS)	1. Nachtrag zur Verordnung über das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und weitere Aus- und Weiterbildungsangebote der Stadt Winterthur vom 3. Mai 2010	K. Gander
5.	16.106 (DSO)	Kenntnisnahme des Geschäftsberichts der Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur 2015	D. Schneider
6.	99.29 (DTB)	Abschreibung der Motion M. Gfeller (Grüne/LdU/DaP), D. Hauser (SP) und St. Terzi (EVP) betr. Ersatz für die Biotopfunktion des Toggenburgerweiher und Abklärung des möglichen Erholungspotentials	
7.	15.43 (DSO)	Beantwortung der Interpellation D. Oswald (SVP), M. Baumberger (CVP) und St. Feer (FDP) betr. Führung und Organisation im Sozialdepartement	

8. 16.20 (DSO) Begründung des Postulats B. Huizinga-Kauer (EVP), Y. Gruber (BDP), B. Helbling-Wehrli (SP), K. Cometta-Müller (GLP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Zeitvorsorge / Solidarität zwischen dem dritten und vierten Lebensalter
9. 16.59 (DSO) Begründung des Postulats B. Helbling-Wehrli (SP), G. Stritt (SP), B. Huizinga (EVP) J. Altwegg (Grüne/AL) und K. Cometta (GLP) betr. Versorgung der älteren Bevölkerung unter Berücksichtigung des Grundsatzes «ambulanz vor stationär»
10. 15.97 (DSU) Begründung des Postulats R. Keller (SVP) betr. Verbot der Benützung des öffentlichen Grundes für Aktionen mit religiösem Hintergrund
11. 14.8 (DSU) Antrag und Bericht zum Postulat K. Bopp (SP), M. Wäckerlin (PP), Ch. Magnusson (FDP), N. Gugger (EVP) und D. Berger (AL) betr. einfaches Bewilligungsverfahren für Veranstaltungen
12. 16.92 (DSU) Begründung des Postulats M. Baumberger (CVP/EDU) und D. Oswald (SVP) betr. massive Beeinträchtigung der Einkaufsattraktivität der Altstadt durch Aktionsstände
13. 16.82 (DSU) Begründung des Postulats D. Hofstetter (Grüne/AL), F. Landolt (SP), L. Banholzer (EVP/BDP) und M. Nater (GLP) betr. kostendeckende Solarstromproduktion auf städtischen Liegenschaften
14. 16.83 (DSU) Begründung des Postulats R. Diener (Grüne/AL) und F. Landolt (SP) betr. Förderungsbeiträge für PV-Anlagen
15. 16.39 (DFI) Begründung des Postulats U. Hofer (FDP), I. Kuster (CVP), S. Büchi (SVP) und A. Steiner (GLP) betr. zentrale, professionelle Debitoren- und Verlustscheinbewirtschaftung
16. 16.90 (DFI) Begründung des Postulats A. Steiner (GLP/PP) und M. Wäckerlin (GLP/PP) betr. Gebührenreduktion dank Effizienzsteigerung
17. 16.60 (DKD) Begründung der Motion M. Zehnder (GLP/PP), G. Gisler (SVP) und Ch. Magnusson (FDP) betr. Produktegruppe Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten
18. 16.93 (DKD) Begründung des Postulats M. Zeuglin (GLP/PP) und M. Wäckerlin (GLP/PP) betr. gute Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen in W'thur
19. 16.58 (DKD) Beantwortung der Interpellation L. Banholzer (EVP/BDP), G. Stritt (SP), A. Steiner (GLP) und F. Helg (FDP) betr. Steig – ein W'thurer Problemquartier?

(* An dieser Sitzung behandelten Geschäfte)

Bürgerrechtsgeschäfte

1. B16/011 OGWO Ifeany Chinedu, geb. 1985, nigerianischer Staatsangehöriger
2. B16/016 YILDIZ Yasin, geb. 1975, mit Kindern Sahra, geb. 2007, Sude, geb. 2009, und Feyza, geb. 2014, türkische Staatsangehörige
3. B16/020 CERCEL Hortensia, geb. 1972, deutsche Staatsangehörige

4. B16/027 KÜÇÜKERMEN geb. SAHIN Songül, geb. 1977, mit Kindern Ceren, geb. 2013, und Ceylin, geb. 2013, türkische Staatsangehörige
5. B16/030 TETIKASAR geb. KANSIZ Zühal, geb. 1963, türkische Staatsangehörige
6. B16/076 YAQO Linda Ferman Yaqo, geb. 1982, irakische Staatsangehörige
7. B16/077 ALIZAHDA Ali, geb. 1985, mit Kind Roya, geb. 2014, afghanische Staatsangehörige
8. B16/080 DODAJ Fron, geb. 1987, kosovarischer Staatsangehöriger
9. B16/081 HASSLER Rainer, geb. 1967, deutscher Staatsangehöriger
10. B16/082 HECKEN Anna Etta, geb. 1973, deutsche Staatsangehörige
11. B16/083 ISLER geb. BADASHKA Sviatlana, geb. 1974, belarussische Staatsangehörige
12. B16/084 LAURIA geb. MATKOVIC-GRGIC Ljubica, geb. 1973, kroatische Staatsangehörige, mit Kind Marianna, geb. 2001, italienische Staatsangehörige
13. B16/085 MESSINA geb. CRUPI Michelina, geb. 1973, italienische Staatsangehörige
14. B16/086 MÜHLEDER Elmar, geb. 1968, deutscher Staatsangehöriger
15. B16/087 SACKMANN Martin, geb. 1965, deutscher Staatsangehöriger, und Ehefrau SACKMANN geb. MARGUERIT Pascale, geb. 1969, französische Staatsangehörige, mit Kind Anne-Catherine, geb. 2002, deutsche und französische Staatsangehörige
16. B16/088 SANWALD Cordula Viola, geb. 1967, mit Kind MÜHLEDER Hannah Anouk, geb. 2007, deutsche Staatsangehörige
17. B16/089 SAVIC geb. DIMIC Aleksandra, geb. 1987, mit Kindern Tea, geb. 2013, und Lea, geb. 2016, serbische Staatsangehörige
18. B16/091 STRATMANN Ute Maria, geb. 1961, deutsche Staatsangehörige

Ratspräsidentin Ch. Leupi begrüsst zur 12. und 13. Sitzung im Amtsjahr 2016/2017. Sie begrüsst auch die Zuschauer auf der Tribüne recht herzlich insbesondere Statthalter M. Schwarz.

Der Landbote hat die Erlaubnis zu fotografieren.

Auf der Einladung sind drei Sitzungstermine verzeichnet. Ob am 19. Dezember 2016 eine Sitzung stattfinden wird, entscheidet die Ratspräsidentin nächsten Montag. Es liegt an den Ratsmitgliedern, wie viel Zeit für die einzelnen Geschäfte benötigt wird.

Fraktionserklärungen

Expo

K. Cometta (GLP/PP). Am 4. November hat der Stadtrat kommuniziert, dass er gemeinsam mit den 10 grössten Schweizer Städten die nächste Landesausstellung organisieren will. Seit 1883 findet rund alle 30 Jahre eine Expo statt. mit dem Ziel, dass sich die Bevölkerung Gedanken über die Schweiz machen kann. Eine Expo verbindet und fördert die Schweizer Identität. Es ist sicher sinnvoll, dass man sich immer wieder vergegenwärtigt, wer man ist und

was einem ausmacht. Das im Bewusstsein, dass die Schweiz ein gesundes, vielfältiges, innovationsfreudiges und offenes Land ist. Die Schweiz kann mehr als Rütlichschur und Morgarten. Sie braucht auch zukunftsorientierte Visionen.

Warum gerade in Winterthur? Als erstes ganz pragmatisch: Wenn die 10 grössten Städte mitmachen, dann kann Winterthur als sechst grösste Stadt nicht fehlen. Es macht Sinn, wenn diese Städte, die Wohlstand und Fortschritt vorantreiben, diese Expo lancieren. Immerhin wohnen 1,5 Millionen Einwohner in diesen 10 Städten. Auch die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung lebt in urbanen Räumen. Die Zusammenarbeit mit anderen Städten ist eine grosse Chance für eine bessere Zusammenarbeit in allen Politikbereichen. Die Städte können voneinander lernen, Beispiele austauschen, Synergien nutzen und eine gemeinsame Interessensvertretung beim Bund wirksam vorantreiben. Aber auch sonst ist die Expo eine grosse Chance für Winterthur, sich der Schweiz zu präsentieren. Damit kann man die schöne Stadt Winterthur den anderen Schweizerinnen und Schweizern zeigen. Man kann zeigen, dass Winterthur nicht einfach die Dschihad-Stadt oder das Griechenland der Schweiz ist, sondern eine wunderbare Kultur- und Gartenstadt mit hoher Lebensqualität. Und man kann zeigen, wie vielfältig und engagiert die Winterthurerinnen und Winterthurer sind. Das aktive Vereinsleben und der Zusammenhalt sind einzigartig und können durchaus andere beeindrucken. Die Expo 02 konnte über 10 Millionen Eintritte verzeichnen. Einige Ratsmitglieder waren damals sicher auch zum ersten Mal in Yverdon, Biel oder Neuenburg. Und es ist sicher unvergesslich. Wenn Besucher nach Winterthur kommen und die Stadt ein positives Bild nach aussen präsentieren kann, ist das ein grosser Gewinn für das Image, was wiederum den Standort insbesondere den Wirtschaftsstandort stärkt. Die Durchführung der Expo stärkt die Wirtschaft aber auch ganz direkt. Es wird Aufträge für das Gewerbe geben. Auch die Gastronomie und die Hotellerie werden profitieren, zudem werden neue städtebauliche Impulse gesetzt.

Eine Anforderung stellt die GLP/PP-Fraktion an den Projektplan. Sie erwartet nachhaltige Impulse. Es kann nicht sein, dass Infrastruktur gebaut und danach wieder abgebaut wird. Es muss ein langfristiger Nutzen für ganz Winterthur erzielt werden. Die GLP kann sich zum Beispiel ein Tram vorstellen. Jetzt kommt ein grosses Aber: Das ist wirklich wichtig. Die vier Gotthard-Kantone haben Versucht die Expo 2020 zu lancieren. Sie haben viel Geld verplant und danach alles begraben. Danach haben die Ostschweizer Kantone sechs Jahr lang am Projekt Expo 2027 gearbeitet. Das wurde im Juli 2016 an der Urne bachab geschickt. Das Risiko zu scheitern, ist gross. Das Risiko ist gross, dass man viel Geld, Zeit und Energie investiert und es letztendlich heisst: Ausser Spesen nichts gewesen. Entsprechend fordert die GLP/PP-Fraktion den Stadtrat auf, von Anfang möglichst alle mit ins Boot zu nehmen. Ein solches Projekt muss zusammen mit der Bevölkerung gestemmt werden. Entsprechend muss die Bevölkerung bereits zu Beginn mit einbezogen werden. Sobald wie möglich müssen die Bewohnerinnen und Bewohner von Winterthur an der Urne befragt werden, ob sie eine Expo überhaupt wollen. Auch die finanziellen Mittel für die ersten Planungsarbeiten müssen demokratisch legitimiert sein. Die GLP/PP-Fraktion erwartet sehr bald, nämlich im Frühling, eine Weisung des Stadtrates. Der Stadtrat ist gut beraten, wenn er den Grossen Gemeinderat von Anfang an proaktiv involviert. Wenn K. Cometta schon bei den Erwartungen ist – eine letzte Bitte: Die GLP/PP-Fraktion hofft, dass die Städte auch beim Bund insistieren, damit er sich bereits in der Planungsphase mit finanziellen Bundesmitteln beteiligt und klare Zusagen macht, wie der Prozess verlaufen soll. Es bleibt K. Cometta noch, der Idee einer gemeinsamen Expo viel Glück zu wünschen.

Stadtpräsident M. Künzle ist fast ein wenig perplex. Er hat immer auf eine Kritik gewartet, die ganz zum Schluss noch geäussert worden ist. Der Stadtpräsident dankt ganz herzlich, dass die Idee so gut aufgenommen wird von der GLP. Er ist andere Töne gewohnt, bedankt sich aber ganz herzlich für die unterstützenden Worte. Man steht noch ganz am Anfang mit dieser Idee. Die Stadtpräsidenten der 10 grössten Städte haben über die Idee diskutiert. Ein erster Workshop ist abgehalten worden. Über die Kosten ist bewusst noch nicht gesprochen worden. Wenn das bereits zu Beginn thematisiert wird, hat man bereits verloren. Es ist wichtig, dass eine breite Trägerschaft gefunden werden kann, damit nicht das Gleiche passiert, wie das bereits zwei Mal der Fall war. Die Idee muss reifen. Es benötigt sicher Zeit, eine

Trägerschaft zu finden. Der Stadtrat wird mit Sicherheit auf den grossen Gemeinderat zukommen, um diese breite Trägerschaft von der Seite der Stadt Winterthur aufzubauen. Auch bei den anderen Städten ist das zunächst noch ein präsidiales Thema. Stadtpräsident M. Künzle hat die Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat informiert. Jetzt wird es Schritt für Schritt weitergehen. Das hofft der Stadtpräsident. Er ist der Meinung, dass diese Expo eine Chance ist. Es ist eine Chance für die Städte, sich zu präsentieren und zu zeigen, dass sie Taktgeber in der Schweiz sein wollen und auch können. Deshalb ist Stadtpräsident M. Künzle dieser Idee sehr wohlgesonnen. Er ist von seinen Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat nicht um einen Kopf kürzer gemacht worden. Jetzt hört der Stadtpräsident noch das Lob der GLP. Was kann Besseres passieren? Stadtpräsident M. Künzle sieht dieser Expo sehr wohlwollen entgegen.

Unternehmenssteuerreform III

Ch. Meier (SP): Heute wird mit der Beratung des Voranschlags 2017 begonnen und damit stellt sich die Frage, wie das zur Verfügung stehende Geld auf die verschiedenen Aufgaben der Stadt verteilt werden soll. Mit dieser Verteilung werden die Aufgaben gewichtet. Winterthur hat in den letzten Jahren mit zwei äusserst einschneidenden Sparprogrammen ein riesiges Defizit aufgefangen. Ein Defizit, das diversen Steuerausfällen zu verdanken ist, die durch Steuergesetzrevisionen in den letzten Jahren entstanden sind. Solche Steuergesetzrevisionen gehen letztlich immer auf Kosten der Gemeinden. Was beim Bund gespart wird, wird auf die Kantone übertragen. Was die Kantone einsparen, wird den Gemeinden übertragen. Die Gemeinden können letztendlich schauen, wie sie mit weniger Steuerertrag mehr Aufgaben abdecken können. Treu nach dem Motto: „Den Letzten beiessen die Hunde.“ Heute und am nächsten Montag werden diverse Anträge im Gemeinderat zum Voranschlag 2017 besprochen. Einige Anträge zielen darauf ab, das Budget zu entlasten, mit der Begründung; es stehen nach wie vor schlecht um die städtischen Finanzen und es müsse weiter gespart werden. Bei anderen Anträgen geht es darum, Abbaumassnahmen der letzten Jahre wieder rückgängig zu machen, weil man gemerkt hat, dass sie zu weit gegangen sind und dass die Lebensqualität und die Attraktivität der Stadt Winterthur gefährdet sind. Diese Diskussion wird heute geführt, eine Woche nachdem der Kanton bekannt gegeben hat, mit welchen Konsequenzen Winterthur rechnen muss, falls die Unternehmenssteuerreform III am 12. Februar 2017 angenommen wird. Nachdem mit effort14+ und Balance ein Loch von 40 Millionen gestopft worden ist, müsste dann erneut mit Steuerausfällen in gleicher Höhe gerechnet werden. Das kann sich die Stadt nicht leisten. Es ist nicht akzeptabel, dass die Winterthurer Bevölkerung und das städtische Personal erneut büssen und bluten müssen, damit sich die Unternehmen gemeinsam aus der Verantwortung stehlen können. Die Unternehmen profitieren in hohem Ausmass von den Angeboten der Stadt Winterthur. Sie nutzen die staatliche Infrastruktur. Sie sind angewiesen auf top ausgebildetes Fachpersonal und sie profitieren von einem äusserst hohen Lebensstandard. Dafür, dass Ch. Meier in einem sicheren Land leben darf, dass ihre Kinder eine gute Ausbildung geniessen, dass das Gesundheitssystem hoch entwickelt ist und gut funktioniert, dass sie im Alter abgesichert ist und vieles mehr – dafür zahlt Ch. Meier gerne Steuern. Sie sieht aber nicht ein, warum das je länger je mehr ausschliesslich diejenigen berappen sollen, die von ihren Einkommen abhängig sind. Für den Staat sind alle gemeinsam verantwortlich. Eine gemeinsame Verantwortung heisst auch, gemeinsam dafür aufkommen. Für die SP-Fraktion ist klar, Winterthur kann sich die Unternehmenssteuerreform III nicht leisten. Ch. Meier hofft, dass allen, die in diesem Saal politisieren, das Wohl der Stadt Winterthur wichtiger ist, als allfällige Ideologien und dass sie sich vehement für ein deutliches Nein gegen die USR III am 12. Februar einsetzen.

Private Quartierpatrouille

D. Hofstetter (Grüne/AL): Für die Sicherheit in der Stadt Winterthur gibt es neben der Stadtpolizei mit ca. 200 Stellen und der Kantonspolizei mit ca. 40 Mitarbeitenden, die neu am Bahnhof eine grössere Filiale eröffnet hat, in der Breite und im Vogelsang-Quartier, eine Quartierpatrouille. Mit dem Slogan: „Für mehr Sicherheit in unseren Quartieren“, will der Jungunternehmer Simon Obrist präventiv gegen Kriminelle wirken, indem er tägliche Quartierrundgänge mit Warnwesten und Taschenlampen durchführt. D. Hofstetter ist Bewohnerin

dieses Quartiers und hat vor ca. 10 Tagen einen Brief erhalten, mit der Aufforderung bei der Finanzierung dieser Quartierpatrouille mit zu helfen. Damit sollen die Quartiere sicherer werden. Die Kosten seien von der Unterstützung im Quartier abhängig. Wenn 60 Parteien mitmachen, belaufen sich die Kosten auf 90 Franken im Monat und wenn 250 Parteien mitmachen kostet es 35 Franken im Monat. Das ergibt eine Summe von rund 5'400 Franken für den Jungunternehmer und selbsternannten Sicherheitsmacher des Quartiers. Das wäre noch akzeptabel. Was D. Hoffmann aber stört, ist das beigelegte Schreiben der Stadtpolizei mit dem Logo der Stadtpolizei, das dem Ganzen einen offiziellen Anstrich verliehen hat. Im Schreiben steht: „Die Sicherheitspolizei der Stadt Winterthur begrüsst das Engagement der Quartierpatrouille sehr. Die angestrebte Personenpräsenz und die vermehrte Aufmerksamkeit in den Winterthurer Stadtquartieren tragen dazu bei, Einbrüchen vorzubeugen, denn die Polizei ist bei der Einbruchsbekämpfung auf die Mithilfe und insbesondere auf die Hinweise der Bevölkerung angewiesen.“ Bei dieser Quartierpatrouille handelt es sich in den Augen der Fraktion Grüne/AL um eine Art privat finanzierte Bürgerwehr, die sich mit dem benutzten Logo der Stadtpolizei einen offiziellen Anstrich gibt. Die Grüne/AL-Fraktion findet es nicht richtig, dass die Ängste der Quartierbewohner vor Einbrüchen in der Winterzeit, die einen Realitätsbezug haben, für die eigenen finanziellen Zwecke instrumentalisiert werden. Bei D. Hofstetter ist letzte Woche eingebrochen worden, dabei entstand einer sehr hoher Schaden. Es geht bei dieser Quartierpatrouille aus Sicht der Grüne/AL-Fraktion einfach um Privatpersonen, die täglich einmal mit einer Warnweste durch das Quartier spazieren und versprechen, dass damit die Sicherheit erhöht werde. Diese Aussage wird mit einem Empfehlungsschreiben der Stadtpolizei garniert. Die Fraktion Grüne/AL ist überzeugt, dass die Stadtpolizei Winterthur zusammen mit der Kantonspolizei die richtige Adresse für Sicherheitsfragen in der Stadt Winterthur ist. Es braucht keine von Privatpersonen finanzierten Quartierpatrouillen, die sich mit dem Logo der Stadtpolizei Glaubwürdigkeit verschaffen. Die Fraktion Grüne/AL hofft, dass die Schaffung der zusätzlichen Stellen die Präsenz der Stadtpolizei in den Quartieren verstärken wird. Die Fraktion Grüne/AL erwartet, dass die zusätzlichen Polizisten sich nicht hinter den Bürotischen des neuen Polizeigebäudes verschanzen, sondern mit ihrer physischen Anwesenheit das Sicherheitsgefühl in den Quartieren verbessern können. Die Fraktion Grüne/AL stimmt der Einschätzung der Stadtpolizei zu, die schreibt: „Unsere Erfahrungen zeigen, dass die Einbruchrate in den belebteren Quartieren generell niedriger ist.“ Die Fraktion Grüne/AL bevorzugt zur Belebung der Quartiere andere Aktivitäten wie zum Beispiel Adventsfenster mit Umtrunk. Damit werden die Strassen belebt, die Nachbarn treffen sich, zudem wird das Gemeinschaftsgefühl im Quartier gefördert.

Stadträtin B. Günthard-Maier dankt für die Fraktionserklärung. Soviel vorneweg: Die Stadträtin stimmt mit den meisten Aussagen von D. Hofstetter überein. Dass der Brief mit dem Signet der Stadtpolizei geschmückt wurde, ist tatsächlich ungeschickt und vielleicht ein wenig viel guter Wille der Polizei gegenüber diesem Bürger. Das ist nicht gut und muss auch zurückgenommen werden. Stadträtin B. Günthard-Maier dankt in diesem Sinne auch für diesen Hinweis und den Kontrollblick auf die Tätigkeit der Verwaltung. Grundsätzlich stimmt Stadträtin B. Günthard-Maier auch der Aussage zu, dass ein belebtes Quartier, in dem Leute auch am Abend auf der Strasse sind, Vorteile bietet. Das wirkt sicher präventiv und kann Einbrüche verhindern. Auch das kann die Stadträtin unterstützen. Es kann aber heikel sein, wenn jemand auf der Strasse einen Einbruch beobachtet und selber versucht einzugreifen. Davor warnt die Stadträtin. Hier kommt das staatliche Gewaltmonopol zum Zug. Es gibt nichts anderes als die 117 anzurufen und die Stadtpolizei zu informieren. Tagsüber ist der Quartierpolizist in der Breite anwesend. Rund um die Uhr ist die Stadtpolizei in rund 5 Minuten vor Ort – auch im Breitequartier. Was ebenfalls wichtig ist; die Stadt Winterthur ist sehr sicher – die sicherste Grossstadt der Schweiz. Das Breitequartier ist keine Ausnahme. Im Gegenteil auch das Breitequartier ist sehr sicher. Um das Sicherheitsgefühl zu fördern, kann die Stadträtin folgendes versichern. Die zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten, die voraussichtlich mit dem Budget bewilligt werden, sollen vor allem draussen arbeiten. Stadträtin B. Günthard-Maier zitiert aus der Sicherheitsstudie, die besagt, dass Winterthur die sicherste Grossstadt in der Schweiz ist. Das Vertrauen, das die Polizei bei der Winterthurer Bevölkerung geniesst, ist ausserordentlich hoch, tendenziell sogar noch höher als in der übrigen

Schweiz. Auch die Beurteilung der Polizei und ihrer Arbeit fällt überdurchschnittlich positiv aus. Auch sind die Winterthurerinnen und Winterthurer mit der Polizeipräsenz deutlich zufriedener als die übrige Bevölkerung in der Schweiz. Dies gilt auch für die Zufriedenheit mit der Schnelligkeit des Eintreffens der Polizei vor Ort nach einem Notruf aber auch mit der Kontrolle des ruhenden sowie des rollenden Verkehrs einschliesslich der Fahrradfahrer. Überdurchschnittlich positiv sind auch die Beurteilungen zur Frage, ob die Polizei für die Leute sei. Kurzum, Winterthur hat eigentlich kein Sicherheitsproblem, das ein Eingreifen notwendig machen würde.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Traktandenliste: Das Traktandum 5 wird gemäss Ankündigung ohne Beratung behandelt.

1. Traktandum

GGR-Nr. 2016.117: Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Ergänzung der gesetzlichen Grundlagen

M. Nater (GLP/PP): Der Bezirksrat fordert, dass eine entsprechende Obergrenze festgesetzt wird. In diesem Antrag sind vier Unteranträge enthalten. M. Nater wird versuchen die wichtigsten Punkte zu erläutern. Im Antrag 1 geht es um die Abgabe von Gas. Wichtig ist folgender Wortlaut: § 4 Abs. 8: „Stadtwerk strebt einen angemessenen Betriebsgewinn zugunsten seiner Betriebsreserve an. Die Gesamteinnahmen [...] haben mindestens die gesamten Aufwendungen zu decken. Zu diesen zählt auch eine finanzielle Vergütung von Stadtwerk an die Stadt Winterthur.“ Das heisst, dass Stadtwerk einen Gewinn erzielen soll, damit die Reserven entsprechend aufgestockt werden können. Auf der anderen Seite muss das Ergebnis positiv ausfallen. Es kann nicht einfach aus dem Stadtwerk Geld in beliebiger Höhe entnommen werden. Gas: Dieser Geschäftszweig setzt sich aus zwei Geschäftsfeldern zusammen, aus den Einnahmen durch die Netznutzung und dem Gaspreis. Bei beiden Geschäftsfeldern geht es darum, dass in Zukunft maximal 10 % des Entgeltes entnommen werden kann. Der Stadtrat beantragt folgende Änderung. „Deren Höhe wird vom Grossen Gemeinderat festgelegt.“ Folgender Satz soll gestrichen werden: „Deren Beitrag wird jährlich mit dem Voranschlag festgelegt.“ Das Wort „jährlich“ fällt im Antrag des Stadtrates ganz weg. Das bedeutet, dass der Gemeinderat nicht automatisch über die Höhe des Entgeltes abstimmen kann. Die Kommission stellt deshalb folgenden Änderungsantrag: „Deren Höhe wird **jährlich** vom Grossen Gemeinderat festgelegt.“ Damit kann der Gemeinderat jährlich über die Höhe des Entgeltes abstimmen.

Im Antrag 2 geht es um die Fernwärmeverordnung. Im Art. 49 wird festgehalten, dass die Vergütung maximal 10 % der Gesamteinnahmen betragen darf. Auch hier beantragt der Stadtrat, dass diese Vergütung vom Grossen Gemeinderat festgelegt werden kann. Auch hier kann der Gemeinderat gemäss stadträtlichem Antrag nicht automatisch jährlich darüber abstimmen. Aus diesem Grund beantragt die BBK auch im Art. 49 folgende Änderung: „Deren Höhe wird **jährlich** vom Grossen Gemeinderat festgelegt.“ Antrag 3: Verordnung über die Abgabe von Elektrizität: Auch hier beträgt die maximale Höhe der Abgaben 10 %. Antrag 4: „Die Nachträge zu den Verordnungen gemäss Ziffern 1 - 3 werden auf den 1. Januar 2017 in Kraft gesetzt.“ Voraussetzung ist, dass der Gemeinderat den Anträgen zustimmt. Zu dieser Weisung hat der Stadtrat eine gute Übersicht vorgelegt. Die vier Profit Center Stromhandel, Gashandel, Verteilung Gas und Fernwärme werden aufgeführt. Dabei ist gut ersichtlich, dass für 2017 eine maximale Vergütung von 10 % möglich ist. Die Aufstellung zeigt auch, dass im Jahr 2015 eine Vergütung von 18 % aus dem Profit Center Verteilung Gas entnommen worden ist. Hier herrschte wirklich Wildwuchs. Mit dieser Weisung und der neuen Leitung von Stadtwerk wird es in Zukunft besser. Insgesamt gibt es bei Stadtwerk 7 Profit Center. In der vorliegenden Aufstellung fehlt die Verteilung Strom. Die Verteilung Strom wird durch übergeordnetes Recht geregelt. Das ist aber ebenfalls wichtig, weil aus der Verteilung Strom mehr als die Hälfte der finanziellen Vergütung stammt. Deshalb hat die BBK einen Antrag gestellt. Energie-Contracting und Telekom: Diese beiden Profit Center liefern keine

Abgaben an die Stadtkasse ab, weil sich beide Profit Center im Aufbau befinden. Sie können noch keine positiven Ergebnisse ausweisen, dadurch kann auch keine Vergütung gefordert werden.

Kommissionsanträge: Die Kommission beantragt, wie bereits erwähnt, dass der Gemeinderat weiterhin jährlich über die Höhe der Vergütung abstimmen kann. Das betrifft die finanziellen Vergütungen in den Geschäftsfeldern Gas, Fernwärme und Stromhandel. Das Geschäftsfeld Gas beinhaltet die beiden Profitcenter Gashandel und Netz. Was noch fehlt ist das Stromnetz. Mit dem Kommissionsantrag wird auch das Netz für den Strom einbezogen. Die Netznutzung soll entsprechend in den gesetzlichen Grundlagen erscheinen. Sie untersteht aber übergeordnetem Recht. Die Anträge wurden in der BBK mit 9 zu 0 Stimmen angenommen.

Ratspräsidentin Ch. Leupi fragt den Stadtrat, ob er sich den Änderungsanträgen der BBK anschliessen kann.

Stadträtin B. Günthard-Maier: Der Stadtrat schliesst sich nicht explizit den Anträgen an. Er hat aber auch nichts dagegen. Mit diesen Anträgen werden die Grundausrichtung und Grundabsichten des Stadtrates präzisiert. Damit kann die Stadträtin gut leben.

F. Helg (FDP): Die FDP will dem Rat beliebt machen, dieser Vorlage gemäss der Weisung und den stadträtlichen Anträgen zuzustimmen. Mit dieser Vorlage wird der Auftrag des Bezirksrates erfüllt, für die Vergütungsleistungen von Stadtwerk eine rechtliche Grundlage mit den verschiedenen Verordnungen des Gemeinderates zu schaffen. Mit den beantragten Änderungen wird eine genau definierte Obergrenze des Geschäftsbereichs fixiert, die bei diesen finanziellen Vergütungen zulässig ist. Auf Input der FDP ist zusätzlich präzisiert worden, dass die Festlegung der Vergütungen jährlich erfolgt. Man kann das wahrscheinlich bei genauer Lektüre aus der Weisung herauslesen. Aber durch die Aufnahme in den Wortlaut der Verordnungen ist der Mechanismus der jährlichen Festlegung auch im Text dieser Verordnungen ersichtlich. Interessanterweise wurde in der Weisung der Festsetzungsmechanismus für den wichtigsten Geschäftsbereich, nämlich die Verteilung Elektrizität, vergessen. Die FDP hat den Text dazu nachgeliefert. Im § 24 Abs. 4; zusammen mit der redaktionellen Bereinigung von Stadtwerk gilt jetzt auch in diesem Bereich eine saubere rechtliche Grundlage.

R. Diener (Grüne/AL): Es gibt nicht mehr viel dazu zu sagen. F. Helg hat das Geschäft gut erläutert und die Vorlage ist gut vorgestellt worden. Die Grüne/AL-Fraktion steht zu diesen Grundlagen. Es ist richtig und wichtig, dass die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, damit man einen Rahmen hat, um innerhalb dieses Rahmen verlässlich zu wirken. Es ist auch wichtig und gut, dass die Abgaben gedeckelt werden mit einem Maximalbetrag. Stadtwerk darf die finanzielle Grundlage nicht entzogen werden, indem übermässig Geld herausgezogen wird. Es ist auch zweckmässig, dass die Verteilung Strom ebenfalls in diese Regelung aufgenommen wird. R. Diener dankt für die Anträge, die gestellt worden sind. Damit ist auch hier eine verlässliche Basis auf der kommunalen Ebene vorhanden, auch wenn in diesem Bereich übergeordnetes Recht gilt. Ebenfalls unterstützt die Grüne/AL-Fraktion eine jährliche Festlegung der Abgaben. Das steht grundsätzlich auch in der Weisung. Mit dem Festhalten dieses Terminus wird das explizit definiert. Die Fraktion beantragt die Annahme dieses Geschäfts.

F. Landolt (SP): Zuhanden des Protokolls: Die SP stimmt ebenfalls zu. Die Ausführungen sind gut. Die Anträge in Bezug auf die jährliche Festlegung der Vergütung sind ebenso zu begrüssen, wie die Festsetzung einer Obergrenze. In den letzten zwei bis drei Jahren, waren in Bezug auf die Zuwendungen aus dem Gebührenbereich und dem steuerfinanzierten Bereich gewisse Unsicherheiten vorhanden. Mit dieser Ergänzung der gesetzlichen Grundlagen kann doch eine gewisse Sicherheit eintreten. Der Gemeinderat kann zudem jährlich über die Höhe der Vergütungen beraten – je nach Geschäftsfeld und Rahmenbedingungen. F. Landolt dankt dem Referenten. Die SP stimmt zu.

P. Rütsche (SVP): Auch die SVP stimmt sowohl dieser Weisung als auch den Anträgen der BBK zu. Gemeinderat P. Rütsche bedankt sich.

M. Nater (GLP/PP): Für das Protokoll: Die Fraktion GLP/Piraten stimmt dem zu. Was etwas erstaunt, sind die stark schwankenden Werte der Abgaben. In der Vergangenheit war Stadtwerk scheinbar so etwas wie ein Selbstbedienungsladen, aus dem man Geld herausgezogen hat. Beim Gas waren es 18 %. Hier konnte eine gute Grundlage für die Zukunft geschaffen werden.

Stadträtin B. Günthard-Maier kann eigentlich nichts ergänzen. Sie ist froh, dass die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden konnten. Sie bedankt sich bei der Kommission für die konstruktive Beratung und freut sich auf die Zustimmung.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Da sich der Stadtrat nicht gänzlich den Anträgen der BBK angeschlossen hat, lässt die Ratspräsidentin über die Änderungen abstimmen.

Der Rat stimmt den Änderungsanträgen der BBK gemäss dem gelben Blatt einstimmig zu.

Ratspräsidentin Ch. Leupi lässt über die Weisung des Stadtrates, inklusive Änderungen durch die BBK, abstimmen.

Der Rat stimmt der Weisung einstimmig zu.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2016.118: Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung 2017 zulasten der verschiedenen Geschäftsfelder

M. Nater (GLP/PP): Bei dieser Weisung geht es um die finanzielle Vergütung von Stadtwerk Winterthur an die Stadt Winterthur für das Jahr 2017. Diese Weisung zeigt eine gute Zusammenstellung. Die ersten beiden Anträge sind eher formell. Der Gemeinderat hat der Weisung 2017/117 zugestimmt. Damit ist der Antrag 1 der Weisung bereits erfüllt. Der zweite Antrag kann ebenfalls angenommen werden, weil die Weisung 2016/117 angenommen worden ist. Anträge 3,4 und 5: Hier geht es um die Höhe des Prozentsatzes der Abgaben von Stadtwerk Winterthur an die Stadt Winterthur. Aufgrund dieser Prozentsätze wird die Vergütung für das Jahr 2017 berechnet. Der Stadtrat schlägt folgende Ansätze vor: Antrag 3: Gasverteilung 10 % des Betriebsertrags. Gashandel 7 % des Betriebsertrags. Antrag 4: Fernwärmeversorgung 2,5 % des Betriebsertrags. Antrag 5: Abgabe von Elektrizität 5 % des Betriebsertrags. Was hier noch fehlt, ist die Abgabe für das Netz. Die Kommission hat einen entsprechenden Antrag gestellt. M. Nater zeigt in einer Zusammenstellung auf, was diese Abgaben für das Jahr 2017 bedeuten. Beim Stromhandel sind 5 % vorgesehen, beim Gashandel 7 %, Verteilung Gas 10 % und bei der Fernwärme 2,5 %. Was fehlt ist das Stromnetz. Diese Abgaben belaufen sich 6,3 Millionen und machen damit den grössten Anteil aus. Das ist auf der letzten Seite der Weisung ersichtlich. Gemäss Budget ist eine Gesamtvergütung von 11,4 Millionen vorgesehen, die sich wie folgt verteilt: Stromhandel 2 Millionen, Gashandel 2 Millionen, Verteilung Elektrizität 6,3 Millionen, Verteilung Gas 0,8 Millionen und Fernwärme 0,3 Millionen. Das ergibt die Gesamtvergütung von 11,4 Millionen von Stadtwerk Winterthur an die Stadt Winterthur für das Jahr 2017. Diese Summe setzt sich zusammen aus der normalen Vergütung von 10,1 Millionen und der befristeten Erhöhung von 1,3 Millionen. Wie erwähnt hat die Kommission einen Antrag gestellt: Antrag 5: „Gestützt auf § 32 Abs. 4 und § 33 Abs. 1 der Verordnung über die Abgabe von Elektrizität vom 27. Juni 2011 werden für 2017 folgende Vergütungen festgelegt: zulasten der Verteilung Elektrizität 6,3 Millionen, zulasten des Stromhandels 5 % des Betriebsertrags.“ Mit diesem Antrag wird auch dieses Geschäftsfeld geregelt. Dadurch ist ein Gesamtbild möglich. Mit diesem Antrag der Kommission wird die Vergütung zulasten der Verteilung Elektrizität auf 6,3 Millionen festgesetzt, so-

wie auf 5 % zulasten des Stromhandels. Dieser Antrag wurde in der BBK mit 8 zu 1 Stimmen angenommen.

Ratspräsidentin Ch. Leupi fragt den Stadtrat, ob er sich dem Antrag der BBK anschliesst.

Stadträtin B. Günthard-Maier: Auch hier hat der Stadtrat keinen expliziten Anschluss beschlossen. Diese Regelung wurde nicht in die Weisung aufgenommen, weil andere gesetzliche Grundlagen vorhanden sind. Der Stadtrat ist davon ausgegangen, dass sich das aus der Differenz ergibt. Aber es stört niemanden, wenn der Antrag gutgeheissen wird.

Ratspräsidentin Ch. Leupi stellt fest, dass sich der Stadtrat anschliesst.

M. Nater (GLP/PP): Die Fraktion GLP/Piraten stellt folgenden Antrag: „Rückerstattung zu hoher Gebühren durch Stadtwerk Winterthur an die Bevölkerung. Aus dem Gewinn 2017 der Stadtwerke Winterthur soll einmalig eine Rückvergütung an die Bevölkerung der Stadt Winterthur von 2,1 Millionen ausbezahlt werden. Daher soll einmalig im Jahr 2017 die finanzielle Vergütung von Stadtwerk Winterthur an die Stadt Winterthur von derzeit 11,4 Millionen auf 13,5 Millionen erhöht werden. Die zusätzlichen 2,1 Millionen sind im Auftrag und nach Verteilschlüssel des Stadtrates zurückzuervergüten.“ M. Nater zeigt folgende Veränderungen in Bezug auf die Vergütung auf: Stromhandel 2,1 Millionen 5,3 %, Gashandel 2,85 Millionen 10 %, Verteilung Gas 0,75 Millionen 9,9 %, Fernwärme 0,6 Millionen 5,6 %, Verteilung Elektrizität 7,2 Millionen. Die Gesamtvergütung beläuft sich damit auf 13,5 Millionen. Begründung des Antrags: In den vergangenen Jahren ist unter der alten Führung von Stadtwerk Winterthur extrem konservativ budgetiert worden. Von daher konnte jeweils ein sehr gutes Ergebnis präsentiert werden. Trotz dieses Gewinns wollte man keine Tarifsenkung für die Jahre 2016 und 2017 vornehmen. Wenn die Gewinne wirklich so hoch waren, müssen Tarifsenkungen ins Auge gefasst werden. In den letzten Jahren waren die Gewinne deutlich über dem Budget – teilweise bis zu 10 Millionen. Jetzt im Jahr 2017 ist realistisch budgetiert worden. Im Budget 2017 ist ein Ergebnis von ca. 26,5 Millionen vorgesehen. M. Nater bedankt sich bei Stadtwerk. Die Führung beweist Offenheit und hat realistischere Zahlen präsentiert als das in der Vergangenheit der Fall war. Diese hohen Gewinne haben die Winterthurer Bevölkerung und die ortsansässigen Firmen über die Gebühren bezahlt. Die Fraktion GLP/Piraten ist der Meinung, dass ein Teil dieses hohen Gewinns an die Winterthurer Bevölkerung zurückzuzahlen ist. In den vergangenen Jahren ist der zusätzliche Gewinn in die Reserven geflossen. Die Reserven von Stadtwerk werden auch im Jahr 2017, trotz dieser einmaligen Rückvergütung an die Bürger, um mehr als 10 Millionen gestärkt. Mit dieser Rückzahlung soll ein Zeichen für eine kundenorientierte Gebührenpolitik gesetzt werden. Es darf nicht sein, dass durch eine konservative Budgetierung, die Kunden von Stadtwerk Jahr für Jahr zu hohe Gebühren bezahlen müssen. Mit dieser Rückvergütung kann auch das Image von Stadtwerk klar verbessert werden. Die Rückvergütung beläuft sich auf ca. 10 % des Gewinns und ist für die Stadt Winterthur budgetneutral, da die finanzielle Vergütung wie vorgesehen bei 11,4 Millionen liegt. Über die Verteilung der Rückvergütung soll der Stadtrat beziehungsweise Stadtwerk entscheiden mit dem Fokus auf eine effiziente und kundenorientierte Lösung. Dieses Modell funktioniert auch bei anderen Energieversorgern und könnte eventuell ein Geschäftsmodell für die Zukunft sein.

P. Rütsche (SVP): Es gibt einen gemeinsamen Antrag der SVP und der CVP/EDU-Fraktion. Dieser Antrag unterscheidet sich vom Antrag der GLP/PP-Fraktion. Die Gesamtvergütung soll 13,3 Millionen betragen. Begründung der SVP: Die zusätzlichen Millionen sollen dem Endverbraucher zurückgegeben werden. Das ist eine gute Idee der GLP, aber der Umfang ist für Stadtwerk Winterthur zu hoch. Daher schlagen die SVP und die CVP/EDU-Fraktion vor, dass diese Beträge in Form von Steuersenkungen zurückgegeben werden. Das wäre für alle Beteiligten viel einfacher. Da der Abschluss von Stadtwerk Winterthur positiv ausgefallen ist, würden die SVP und die CVP/EDU-Fraktion diesen Weg begrüßen. P. Rütsche dankt Stadtwerk Winterthur für die Arbeit und für den Vorschlag eine Gesamtvergütung von 11,4 Millionen an die Stadt Winterthur zu zahlen. Die vorgeschlagene Verteilung ist zu begrüßen.

Es ist richtig, dass die Fachleute die Vergütung auf die verschiedenen Geschäftsfelder verteilen.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Die Ratsmitglieder können sich zu allen Anträgen äussern – zu den Anträgen des Stadtrates, der BBK, der GLP/PP-Fraktion und zum Antrag der SVP und CVP/EDU-Fraktion.

M. Bänninger (EVP/BDP): Vor einem Monat hat der Grosse Gemeinderat beschlossen, dass die Finanzierung der öffentlichen Beleuchtung nicht über Gebühren bezahlt werden soll, sondern zurückgeführt werden soll in den steuerfinanzierten Bereich. Die EVP/BDP-Fraktion ist der Meinung, dass mit diesem Entscheid eine bestimmte Richtung eingeschlagen worden ist. Nachdem der Gemeinderat A gesagt hat, soll er heute auch B sagen. Das heisst, dass der Antrag der SVP und der CVP/EDU-Fraktion, das heisst der Griff in den Gebührentopf, nicht angenommen werden soll. Die anfallenden Mehrkosten sollen über die Steuern finanziert werden. Die EVP/BDP-Fraktion unterstützt den Kommissionsantrag. Die Rückvergütung, die von der GLP/PP-Fraktion beantragt wird, ist zwar charmant und verlockend, aber mit einem hohen Aufwand verbunden. Eine Gebührenerhöhung ist in Zukunft allgemein kritisch zu hinterfragen. Es sollen nicht einmalig 2,1 Millionen zusätzlich vergütet werden.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion stimmt den Kommissionsanträgen zu. Als erstes in anzumerken, dass die konkrete Festsetzung von Vergütungen aus dem Geschäftsfeld Verteilung Elektrizität merkwürdigerweise in der Weisung des Stadtrates fehlt. Auf Antrag der FDP, beziehungsweise der Kommission, ist das entsprechend ergänzt worden. Damit konnte eine saubere Grundlage geschaffen werden für diese Abgabe. Aus Sicht der FDP stellt sich bei der Abschöpfung von Gewinnanteilen die Grundsatzfrage, ob das wirklich der richtige Weg ist oder ob nicht vielmehr bei den Energiepreisen angesetzt werden müsste. Bei einer Gesamtbetrachtung erachtet die FDP aber die Gesamtvergütung von rund 11,4 Millionen Franken für das Rechnungsjahr 2017 als gangbaren Weg.

Zu den Anträgen, die eine Vergütung erhöhen oder eine Auszahlung an die Bevölkerung vorsehen: Nach dem neuen rechtlichen Konzept, ist es nur innerhalb dieses klar fixierten rechtlichen Rahmens möglich, eine Vergütung festzulegen. Die Höhe der Vergütung ist ein politischer Entscheid. Wie M. Bänninger will auch F. Helg die Ratsmitglieder an die Beratung vor einem Monat erinnern. Die Beleuchtungsabgabe wurde damals zur Diskussion gestellt. Es hat sich eine einstimmige Mehrheit gegen eine Weiterführung der Beleuchtungsabgabe ausgesprochen. Auch die Antragsteller haben dieser Abschaffung zugestimmt. Deshalb kann man heute mit Fug und Recht die Argumentation der Antragsteller hinterfragen. Vor vier Wochen hat der Gemeinderat gegen eine weitergehende Belastung der Stadtwerke gestimmt. Zum Antrag der GLP/PP-Fraktion: Hier gibt es drei Gründe, die dagegen sprechen. Die Sonderabgabe, wie sie M. Nater präsentiert hat, ist aus der Sicht der FDP rechtlich zweifelhaft. Es besteht keine rechtliche Grundlage. Die rechtliche Grundlage hat der Gemeinderat mit der vorhergehenden Weisung beschlossen. Deshalb muss sich die Abgabe am Rahmen dieser Verordnung ausrichten. Zudem ist es rechtsungleich. Im Antrag steht, dass die Rückvergütung an die Winterthurer Bevölkerung ausbezahlt ist. Das sind ca. 110'000 Einwohner. Wenn man diese 2,1 Millionen durch 110'000 teilt, macht das einen pro Kopf Beitrag von 19 Franken aus. Es ist aber keine Rede davon, dass etwas an die Wirtschaft und das Gewerbe ausgezahlt werden soll. Von daher ist dieser Antrag rechtsungleich. Zudem ist der Vollzug unklar – das ist der dritte Grund. Auf jeden Fall ist die Umsetzung administrativ aufwändig. Man müsste bei Stadtwerk eine Abwicklungsabteilung generieren. Ein gewisser Anteil von den 2,1 Millionen würde dadurch absorbiert. Damit könnten nicht einmal mehr die 19 Franken als Prokopfbeitrag vergütet werden. Alles in allem ist es wirklich sinnvoll gegen diese Sonderversgütung zu stimmen. Fazit: Der Kommissionsantrag ist ausgewogen und funktioniert. F. Helg bittet die Ratsmitglieder, diesem Antrag zuzustimmen.

R. Diener (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion unterstützt ganz klar den Kommissions- und den Stadtratsantrag. Die Zusatzanträge, die eingereicht worden sind, lehnt die Fraktion ab. Der Basisbeitrag von rund 10 Millionen, der als Vergütung vorgesehen und in Zukunft ge-

plant ist, soll auch im IAFP eingesetzt werden. Das erscheint vernünftig. Nach Abwägung aller Argumente ist das sicher ein Betrag, der verkräftbar ist und Stadtwerk nicht ausblutet. Damit erhält Stadtwerk einen finanziellen Spielraum, um die Arbeit fortzuführen. Es entspricht einer Art Dividende für das Kapital, das die Stadt Stadtwerk zur Verfügung stellt für die notwendigen Investitionen und Tätigkeiten. Stadtwerk ist sehr investitionsintensiv. Es ist wichtig, dass ein gewisser Rückfluss stattfindet. Dieser Rückfluss geht in die allgemeine Kasse und entlastet bis zu einem gewissen Grad das Steuersubstrat. In diesem Zusammenhang will R. Diener nicht von einer Abgeltung des Risikos sprechen – das ist zum Teil erwähnt worden als Begründung für diese Abgabe. Es scheint wichtig und richtig zu sein, dass für die Tätigkeit von Stadtwerk, das mit der Energieversorgung eine wichtige Aufgabe erfüllt, eine neue Basis geschaffen wird, auch weil ein gewisses unternehmerisches Risiko dazugehört. Die Stadt muss das stützen und mittragen. Insofern ist es wichtig, dass Reserven gebildet werden können, damit die notwendigen Investitionen getätigt werden können. Stadtwerk darf nicht ausgeblutet werden. Die Versorgung mit erneuerbarer Energie ist ausgiebig in der Kommission, im Rat und in den Fraktionen diskutiert worden. Das ist für die Grüne/AL-Fraktion ein wichtiger Punkt. Diese erneuerbare Energieversorgung ist für die Zukunft nicht einfach zu erreichen. Es braucht Investitionen und einen langen Atem, um diese Ausgaben zu tätigen. Dazu braucht Stadtwerk Reserven. Es ist wichtig, dass die Kasse von Stadtwerk nicht übermässig ausgeplündert wird. Wenn gewisse Leute über zu hohe Reserven sprechen und davon, dass von den Gebührenzählern zu viel Geld erhoben worden ist, dann müsste man eher darüber diskutieren, ob die Gebühren zu hoch sind. Vielleicht braucht es dort eine Korrektur. Das wäre dem Vorschlag der GLP vorzuziehen, weil eine Rückverteilung aufwändig wäre. Das scheint nicht zielführend zu sein. Unter anderem ist es sicher so, dass die rechtliche Basis nicht vorhanden ist. Zudem wäre der Aufwand relativ gross. Die Grüne/AL-Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrates, der vorschlägt mit der ausserordentlichen Vergütung ein wenig zurückzufahren. Es gibt keine Argumente, die gegen diesen Antrag sprechen. Der Antrag der CVP/EDU-Fraktion und der SVP, würde einen Griff in die Schatulle von Stadtwerk bedeuten. Dieses Geld ist nicht dafür gedacht, Steuergelder zu ersetzen. R. Diener kann nur wiederholen: Der Gemeinderat hat das im Zusammenhang mit der öffentlichen Beleuchtung diskutiert. Dabei hat er klar gesagt, dass es nicht richtig ist, hier einen zweiten Steuertopf zu eröffnen. Das sind Gebühren, die zweckgebunden eingesetzt werden sollen für die Aufgaben, die nötig sind. Diese Gelder sollen bei Stadtwerk bleiben. Fazit: R. Diener bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag des Stadtrates und der Ergänzung der BBK zuzustimmen und die anderen Anträge abzulehnen.

F. Landolt (SP): Mit der Weisung 2016/118 wird es effektiv konkret. Die Situation ist folgende: Auf der einen Seite ist Stadtwerk ein Versorgungswerk, ein Unternehmen für die Stadt mit 350 Mitarbeitenden und einem Umsatz 200 Millionen. Es ist gut geführt. Stadtwerk hat eine klare Unternehmensstrategie, die sich an den Zielen der 2000 Watt Gesellschaft und an der Nachhaltigkeit orientiert. Mit einer breiten Produktpalette macht Stadtwerk jedes Jahr Gewinn – Tendenz steigend. Auf der anderen Seite ist der steuerfinanzierte Bereich, der Stadt Winterthur, die sich in einer klammen finanziellen Situation befindet. Der Gedanke, dass hier ein Ausgleich geschaffen wird, ist sehr verlockend. Im Jahr 2013 hat der Gemeinderat beschlossen, dass einerseits 4,5 % des Umsatzes von Stadtwerk an den steuerfinanzierten Bereich übergehen soll, plus ein Kompensationsbetrag, was eine jährliche Zuwendung von ca. 14 Millionen ausgemacht hat. Diese ausserordentliche Kompensation sollte auslaufen. Deshalb ist heute von einer Zuwendung von ca. 11 Millionen auszugehen. Es ist interessant, dass von bürgerlicher Sparsseite zwei Anträge gestellt werden, die den Beschluss, den der Gemeinderat vor rund einem Monat gefasst hat, rückgängig machen würden. Der Gemeinderat hat beschlossen 2,6 Millionen für die öffentliche Beleuchtung aus dem steuerfinanzierten Bereich zu ziehen. Jetzt soll dieser Betrag von Stadtwerk bezahlt werden - allerdings für etwas anderes als die öffentliche Beleuchtung. Das findet die SP eine inkonsistente Haltung. Die SP-Fraktion schlägt vor, dass sich die Mitglieder des Gemeinderates für die Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III einsetzen. Damit wäre eine nachhaltige Sanierung des steuerfinanzierten Bereichs möglich. Diese Zuwendungen von Stadtwerk an die Stadtkasse sind, abgesehen von den rechtlichen Problemen, eine sehr kurzfristige Lö-

sung. Wenn es so sein sollte, dass die Kasse von Stadtwerk zu sehr gefüllt ist und immer wieder Gewinne resultieren, ist die SP klar für eine Überarbeitung der Gebührenordnung. Die beiden Bereiche, der steuerfinanzierte Bereich und Stadtwerk müssen im Gleichgewicht sein. Gerade die Unternehmenssteuerreform III stört dieses innere Gleichgewicht. Deshalb soll sich der Gemeinderat für dieses Gleichgewicht einsetzen, damit kann der gleiche Effekt erreicht werden. Die SP findet den modifizierten Antrag des Stadtrates richtig und stimmt dem zu. Der Antrag der GLP ist zwar sympathisch, ist aber mit einem sehr grossen Aufwand verbunden und rechtlich fragwürdig. Die Zahlung ist einmalig und es ist nicht ganz klar, wie hoch die Vergütung sein soll. Gilt das pro Person? Der Antrag ist sympathisch aber in dieser Form nicht durchführbar.

Z. Dähler (CVP/EDU) wünscht allerseits einen guten Abend. Er dankt M. Nater und F. Landolt für die guten Ausführungen. F. Landolt hat wertvolle Ergänzungen vorgebracht. Seit dem Budget 2014 hat die Stadt Winterthur eine ausserordentliche finanzielle Kompensation von Stadtwerk erhalten. Das ist kritisiert worden. Deshalb hat der Gemeinderat über die Vorlage 2016/117 abgestimmt und eine neue gesetzliche Vorlage geschaffen. Grund für die Kompensationen seit dem Budget 2014 sind die Sparprogramme. Dankt diesen Programmen kann von einem ausgeglichenen Budget ausgegangen werden. Die Aussichten für Winterthur sind aber düster. Der IAFP zeigt massive Mängel auf für die nächsten Jahre. Die Unternehmenssteuerreform III wurde bereits angesprochen. Wie sich eine Annahme auf die Stadt Winterthur auswirken würde, weiss niemand genau. Zurzeit läuft eine kantonale Leistungsüberprüfung, die Sozialkosten steigen weiterhin an. Die finanziellen Aussichten der Stadt Winterthur sind entsprechend schlecht, unsicher und ungewiss.

Es ist gut, dass der Gemeinderat die Weisung 2016/117 verabschiedet und damit eine neue gesetzliche Grundlage für die Kompensationen von Stadtwerk an die Stadt Winterthur geschaffen hat. Diese Beträge sind richtig zu nutzen. Entsprechend hat die CVP/EDU-Fraktion zusammen mit der SVP einen Antrag um Erhöhung der Kompensation gestellt. Richtig nutzen heisst, dass die Beträge so genutzt werden müssen, dass die Substanz von Stadtwerk sicher nicht gefährdet wird – oder anders gesagt; Stadtwerk soll aufgrund dieser Kompensation sicher keine roten Zahlen schreiben. Nicht richtig wäre zum Beispiel die Idee der GLP einer Rückvergütung an die Bevölkerung, auch wenn das im ersten Moment sehr gut klingen mag. Das muss Z. Dähler zugestehen. Die Umsetzung ist mit keinem vertretbaren Aufwand zu erreichen. Nicht richtig ist auch die Verbindung mit der öffentlichen Beleuchtung, die seit letztem Jahr über die Stromrechnung finanziert wurde. Z. Dähler macht auf einen entscheidenden Unterschied aufmerksam: Der Gemeinderat hat vor einem Jahr einer Erhöhung der Stromrechnung zugestimmt, sodass die Stromnutzer die öffentliche Beleuchtung direkt bezahlen. Jetzt geht es nicht darum, die Gebühren zu erhöhen. Es geht lediglich um die Kompensation. Natürlich will die CVP/EDU-Fraktion als bürgerliche Vertretung, dass die Gebühren und Kosten gesenkt werden. Entsprechend ist es gut, dass in der Vorlage von Prozenten die Rede ist. Wenn Stadtwerk die Gebühren, das heisst die Stromkosten senkt, reduziert sich auch die Höhe der Vergütung. Die Festsetzung der Gebühren liegt aber klar in der Verantwortung des Stadtrates. Der Gemeinderat hat kein Recht, die Gebühren zu ändern – zumindest nicht heute Abend. Entsprechend möchte die CVP/EDU-Fraktion beliebt machen, dass zugunsten der Winterthurerinnen und Winterthurer mehr aus der Stadtwerkskasse entnommen werden soll, auch aufgrund der schlechten finanziellen Aussichten. Z. Dähler möchte den Kolleginnen und Kollegen beliebt machen, den Antrag der GLP/PP-Fraktion abzulehnen und den Antrag der SVP und CVP/EDU-Fraktion anzunehmen.

M. Nater (GLP/PP): Antrag SVP und CVP/EDU-Fraktion: Was ist der Grund, dass heute über eine höhere Vergütung diskutiert wird? Der Grund sind die hohen Gewinne, die von Stadtwerk erwirtschaftet werden. Diese hohen Gewinne sind in den Geschäftsfeldern Gas und Strom entstanden, weil hohe Gebühren erhoben worden sind. Diese Gebühren müssten eigentlich Zweckgebunden sein. Aber sie sind im Millionenbereich zu hoch. Von daher soll das Geld nicht ein Defizit der Stadt Winterthur im Jahr 2017 verhindern, sondern den Bürgern und Firmen direkt zurückgezahlt werden, weil sie diese hohen Gebühren bezahlt haben. Positiv ist, dass in den Voten von links bis rechts sehr viel Sympathie für den Antrag der

GLP/PP-Fraktion vorhanden ist. Aber wie üblich ist die Umsetzung schwierig. Hier kommen verschiedene Bedenken zum Vorschein, anstatt den Mut zu haben, etwas wirklich umzusetzen. Zu den hohen Umsetzungskosten: Es gibt genügend Energieversorgungsunternehmen, die entsprechende Rückzahlungen bereits umgesetzt haben. Bei den Versicherungen gehört das bereits zum Standard. Auch die Stadt Winterthur vergütet bereits gewisse Beträge – zum Beispiel kauft sie den Strom von Fotovoltaik-Anlagen. Auch hier werden Rückzahlungen gemacht. Diese Form der Vergütung hat Zukunft. Jetzt besteht die Gelegenheit, das für das Jahr 2017 entsprechend zu berücksichtigen. Die Rede ist im Moment von 26,5 Millionen, die das Ergebnis ausmachen. Das ist ein extrem hoher Betrag, mehr als 10 % Gewinn auf dem Umsatz von Stadtwerk Winterthur. Die Gebühren werden wahrscheinlich 2017 nicht angepasst. M. Nater hofft, dass sie für 2018 angepasst werden. Das ist ein Wink an den Stadtrat, hier etwas zu unternehmen und nicht einfach so weiterzumachen. Eine Kritik an den Stadtrat; weil er das in den vergangenen Jahren einfach laufen liess, ohne Anpassungen vorzunehmen. Jetzt ist es Zeit zu handeln. Bei einem zu erwartenden Defizit im Jahr 2018 wird es extrem schwierig Rückvergütungen oder tiefe Gebühren einzubringen.

P. Rütsche (SVP) schliesst sich den letzten Sätzen von M. Nater an. Für die SVP sind die Gebühren der Stadt Winterthur zu hoch. Sie Fraktion lädt den Stadtrat ein, über eine Senkung der Gebühren nachzudenken. Viele Ratsmitglieder haben erklärt, dass über die Höhe der Gebühren nachgedacht werden soll. Es ist Zeit, das Gebührenmodell zu überarbeiten.

D. Oswald (SVP): Das Problem ist; wie kann die Stadt kurzfristig das Geld, das über die Gebühren zu viel verlangt worden ist, den Betroffenen retour geben. Darum geht es heute. Die SVP will eine einfache Lösung. Das ist möglich, indem der Steuerfuss wieder auf das Niveau von vor zwei Jahren gesenkt wird. Das ist die einfachste Lösung. Das ist der Hintergrund. D. Oswald erinnert daran, dass im letzten Jahr über Kompetenzen diskutiert worden ist. Soll der Gemeinderat die Gebühren festlegen oder der Stadtrat? Die GLP war überzeugt, dass der Stadtrat effizienter die Gebühren festlegen kann. Jetzt kann der Gemeinderat die Gebühren nicht senken. Bis man das durchbringen kann, braucht es die entsprechenden Aktivitäten der Ratsmitglieder. Das ist richtig. Kurzfristig kann für das nächste Jahr, dem Bürger, dem Steuerzahler aber etwas zurückgegeben werden. Zusammen mit der CVP/EDU-Fraktion hat die SVP einen Weg gefunden. Die Gebühren verändern sich deswegen nicht. Man könnte über eine Steuersenkung kurzfristig etwas retour geben. Das heisst nicht, dass deshalb die Gebühren weiterhin so hoch gehalten werden sollen. Die Gebühren müssen reduziert und für das verwendet werden wofür sie bestimmt sind. Das dürfen keine versteckten Steuern sein. Diese Korrekturen müssen vorgenommen werden. Es muss sichergestellt werden, dass keine Umverteilung stattfindet. Die SVP und die CVP/EDU-Fraktion schlagen eine pragmatische Lösung vor mit der dem Bürger etwas zurückgegeben werden kann. D. Oswald bittet die Ratsmitglieder, den Antrag zu unterstützen.

R. Diener (Grüne/AL) dankt D. Oswald für das offene Votum. Jetzt hat es der Gemeinderat zum ersten Mal klar und deutlich gehört. Es ist das Ziel der rechten Ratsseite, die Steuern in der anschliessenden Budgetdebatte zu senken. Das soll jetzt mit diesem Antrag etwas kompensiert werden, indem das Geld von Stadtwerk genommen werden soll. Genau hier muss R. Diener sein Veto einlegen. So geht es nicht. Es soll kein neues Steuersubstrat eröffnet werden. Das wäre an der Legislative und an der Gesetzgebung vorbei gehandelt. Steuern sollen die Kosten für die öffentlichen Aufgaben decken. Die Gebühren sind dazu da, damit die entsprechenden Leistungen der gebührenfinanzierten Betriebe erbracht werden können. Demzufolge ist es klar, dass der Antrag der SVP und CVP/EDU-Fraktion abzulehnen ist. R. Diener bittet die Ratsmitglieder, den Antrag abzulehnen.

Stadträtin B. Günthard-Maier: Das war eine spannende und sachliche Diskussion. Man spürt auch die Komplexität dieses Themas. Einfach zusammengefasst, die Abgabe von Stadtwerk an die Stadtkasse beinhaltet drei Komponenten. Das eine ist der Preis, wie viel wird für die Energie, die von den Kunden gekauft wird, verrechnet. Zudem spielt die Reserve eine Rolle. Wie hoch sollen die Reserven sein, die Stadtwerk selber binden kann? Die dritte

Frage hängt damit zusammen. Wie viel kann man von Stadtwerk wegnehmen und in die laufende Rechnung der Stadt Winterthur verschieben? Wenn man über den Marktpreis für Energie spricht, muss Stadträtin B. Günthard-Maier daran erinnern, dass Energie einen Preis hat. Es gibt einen anerkannten Marktpreis, der vorgibt, wie viel für Strom, Wasser oder Gas verrechnet werden kann. Hier muss sicher darauf geachtet werden, dass die Unternehmen konkurrenzfähig bleiben, wenn sie viel Strom beziehen. Es gibt aber auch politische Stimmen, die mit dem Energiepreis eine Lenkungswirkung erzielen wollen. Das steht einer Senkung des Energiepreises entgegen. Die Stadträtin erinnert daran, dass der Stadtrat den Strompreis für das Jahr 2017 gesenkt hat. Wie hoch sollen die Reserven von Stadtwerk sein? Hier gibt es einen einfachen Grundsatz – spare in der Zeit, so hast du in der Not. Das haben auch einige Ratsmitglieder gesagt. Stadtwerk muss zyklisch immer wieder investieren. Es sind immer wieder Investitionen notwendig – einmal weniger und einmal mehr. In Zukunft wird irgendwann ein höherer Investitionsbedarf vorhanden sein. Je mehr Reserven Stadtwerk auf die Seite legen kann, umso mehr kann Stadtwerk selber finanzieren. Die andere Frage betrifft die Höhe der Abgaben in die laufende Rechnung der Stadt. Der Stadtrat hat im Zusammenhang mit den Sparpaketen erklärt, dass es zu verantworten ist, in finanziell schwierigen Zeiten eine zusätzliche Kompensation an die Stadt abzuliefern. Aber der Stadtrat beabsichtigt einen Absenkpfad, der mit diesem Beschluss, wenn der Gemeinderat dem Stadtrat folgt, befürwortet wird. Der Antrag der GLP ist sympathisch, weil man damit den Bürgern ein Geschenk machen könnte. Aber es gäbe einige Herausforderungen. Das banalste ist der administrative Aufwand. Man müsste sich überlegen, ob nicht der Preis angepasst werden soll. Zudem stellt sich die Frage, wie der Betrag gerecht verteilt werden soll. Das Problem ist sicher allen bekannt vom Mittagstisch mit den Kindern. Wenn es nichts zu verteilen gibt, hat man auch kein Problem. Wenn es ein Dessert gibt, fängt der Streit an. Wenn es etwas zu verteilen gibt, werden die Leute unsicher. Jeder findet dann, dass der andere mehr hat. Das Budget ist von einigen Ratsmitgliedern erwähnt worden. In den letzten Jahren sei unrealistisch budgetiert worden. Der Abschluss sei jeweils über dem Budget ausgefallen. In den Kommissionsberatungen hat der Stadtrat aufgezeigt, dass das Budget 2017 ehrgeiziger und realistischer ausgefallen ist. Die Stadtverwaltung muss sich mehr Mühe geben, um eine Punktlandung zu erreichen. Insofern will Stadträtin B. Günthard-Maier im Namen des Stadtrates den Ratsmitgliedern beliebt machen, dem Antrag der GLP nicht zu folgen. Der Antrag der SVP und CVP/EDU, die zusätzliche Kompensation in die Stadtkasse, die aufgrund der finanziellen Not gemacht worden ist, zu verlängern, empfiehlt die Stadträtin im Namen des Stadtrates zur Ablehnung. Hier steht die Frage im Raum; wie schlimm sind die Zeiten wirklich. Wie nötig ist diese Verschiebung in die Stadtkasse? Wäre es nicht besser, diesen Betrag in die Reserven von Stadtwerk einzulegen. Zudem hat der Stadtrat versprochen, diesen Absenkpfad zu berücksichtigen, der jetzt beantragt wird.

Ratspräsidenten Ch. Leupi lässt über die Weisung abstimmen. Als erstes werden die Anträge der GLP/PP-Fraktion dem Antrag der SVP und CVP/EDU gegenübergestellt.

Der Rat stimmt dem Antrag der SVP und CVP/EDU mehrheitlich zu.

Ratspräsidentin Ch. Leupi stellt den Antrag der SVP und CVP/EDU dem Antrag der BBK beziehungsweise dem stadträtlichen Antrag gegenüber.

Der Rat stimmt mit eindeutiger Mehrheit dem Antrag der BBK beziehungsweise dem stadträtlichen Antrag zu.

Ratspräsidentin Ch. Leupi stellt fest, dass kein Ablehnungsantrag gestellt wird. Damit hat der Gemeinderat dem Antrag der BBK beziehungsweise dem stadträtlichen Antrag zugestimmt.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2016.113: Budget 2017 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2017 «Novemberbrief»

A. Steiner (GLP/PP): Allgemeine Ausführungen zum Gesamtbudget: Der Stadtrat präsentiert dem Gemeinderat ein Budget mit einer schwarzen Null oder einer roten Null – wie auch immer man es sehen will. Im ersten Entwurf war ein Plus von gut 3 Millionen budgetiert. Nach den Korrekturen im Novemberbrief sowie Korrekturen bei den Kostenverschiebungen in Bezug auf die Beleuchtung dürfte das Budget leicht in die roten Zahlen abrutschen. Damit ist ein Minus von 260'000 Franken budgetiert – also ein knappes Minus. Im Budget enthalten sind weiterhin einige Balancemassnahmen. Der kumulierte Sanierungsbeitrag betrug ursprünglich 53 Millionen. 5 Millionen konnten aufgrund von Parlaments- bzw. Volksentscheiden nicht umgesetzt werden. Im Budget 2017 sind Balance-Massnahmen im Umfang von 7,4 Millionen enthalten. Trotz den Sparmassnahmen von 23,4 Millionen steigen die Ausgaben in der Stadt Winterthur noch immer sehr stark an. Diese Aufwandsteigerung widerspiegelt vor allem die steigenden Ausgaben in der Bildung, der Sicherheit und im Sozialbereich. Bemerkenswert beim Budget 2017 ist insbesondere der integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP). Die Entwicklungen in den Jahren 2018/2019 und 2020 zeigen, dass das Jahr 2017 als kleine "Verschnaufpause" betitelt werden kann. Am Horizont drohen wieder dunkle Gewitterwolken. Die Aussichten sind nicht rosig. Heute ist bereits mehrmals darauf hingewiesen worden. A. Steiner präsentiert die Zahlen dazu: Im Jahr 2018 rechnet der Stadtrat ohne zusätzliche Sparmassnahmen mit einem Defizit von 14 Millionen. Wenn kein Soziallastenausgleich erfolgt, muss im Jahr 2019 mit einem Minus von 35 Millionen gerechnet werden und im Jahr 2020, wenn die Unternehmenssteuerreform III Folgen zeitigt, von 62 Millionen. Der Stadtrat hat auch die Zahlen in den IAFP aufgenommen und gezeigt, wie es wäre, wenn die 35 Millionen, um die seit dem Jahr 2013 die Soziallasten gestiegen sind, vom Kanton zurückvergütet würden. Entsprechende Bestrebungen sind im Gang. Ein Resultat steht noch in den Sternen. Nur wenn 2019 der angestrebte Soziallastenausgleich kommen würde, sähe es nicht ganz so schlimm aus und der Stadtrat könnte ein einigermaßen ausgeglichenes Budget präsentieren. Die Kostentreiber sind die Soziallasten, die Bildung, der öffentliche Verkehr und die Langzeitpflege. Aber im Jahr 2020 muss mit namhaften Beträgen im Minus gerechnet werden. Bei den Steuereinnahmen drohen gegen 20 Millionen Ertragsausfälle durch die Unternehmenssteuerreform III – so wie das der Regierungsrat im Moment angedacht hat. Ein paar Bemerkungen zum Personal: Obwohl die Finanzaussichten für die kommenden Jahre nicht rosig sind, beantragt der Stadtrat Lohnmassnahmen. Dies begründet er damit, dass diese nun seit mehreren Jahren nicht mehr gewährt wurden und zunehmend auch zu einer Verzerrung des Lohngefüges führt. Die Lohnmassnahmen können massgeblich durch Rotationsgewinne finanziert werden. Der aufgelegten Folie ist zu entnehmen, dass der Personalaufwand auch durch mehr Stellen steigt. Die Hälfte der nicht refinanzierten Stellen entfallen auf die vom Volk beschlossenen Polizeistellen. Eine beantragte Verzögerung des Ausbaus, die vonseiten des Stadtrates beantragt worden ist, hat der Gemeinderat abgelehnt. Damit wird der Volkswille umgesetzt. Das führt zu den 11 Stellen zusätzlich. Im Bereich Soziales sollen 15 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Darauf kommt A. Steiner noch zurück. Ansonsten gibt es einige Verschiebungen, die sich allerdings in einem kleineren Rahmen bewegen.

Finanzentwicklungen: 1. Steuern: Die Steuern steigen gegenüber Budget um ca. 2 Millionen, was vor allem den natürlichen Personen zu verdanken ist, da mit steigenden Vermögenssteuern aus früheren Jahren gerechnet wird. Bei den juristischen Personen geht man aufgrund von mehr passiver Steuerauscheidung eher von rückläufigen Einnahmen aus. Durch die Steuererhöhung vom letzten Jahr, die im Jahr 2017 beibehalten werden soll, kann in etwa der Steuerertrag von 2014 gehalten werden. In der Rechnung 2014 sind allerdings ausserordentliche Steuereinnahmen von 10 Millionen enthalten. Man kann sagen, die Entwicklung der Steuereinnahmen wird leicht steigen und nicht sinken. Durch die Steuererhöhung ist der Steuerertrag höher. Das zeigt die präsentierte Zusammenstellung. Finanzausgleich: Der

Finanzausgleich steigt um gut 12 Millionen Franken. Dies hat mit der relativen Steuerkraft im Vergleich zum kantonalen Mittel zu tun. Während die Steuerkraft in Winterthur im 2015 um 31 Franken sank, stieg sie im Kanton um 68 Franken, was zu 13,5. Millionen mehr Ressourcenausgleich gegenüber dem Budget 2016 führt. Diese Differenz sieht man auch im IAFP 2017. Durch die Negativsteuerung erhält Winterthur eine Million weniger Zentrumslastenausgleich. Zinsen: Durch die tiefen Zinsen profitiert auch Winterthur. Trotz zunehmender Verschuldung steigt die Zinslast zurzeit nicht an. Gegenüber dem IAFP sinkt die Zinslast nach wie vor. Das ist im Moment sehr erfreulich, birgt aber für die Zukunft auch Risiken. Es verleitet dazu, dass die Verschuldung nicht gebremst wird. Abschreibungen: Je nach Nutzungsbeginn von einzelnen Projekten kann es bei den Abschreibungen zu Verschiebungen kommen. Das war in einzelnen Departementen bereits der Fall. Wenn ein Projekt erst im Januar statt im Dezember in die Nutzung geht, kann es zu Verschiebungen kommen. Das betrifft auch den IAFP. Die Entwicklung der vergangenen 3 Jahre und ein Ausblick in die Zukunft hat der Stadtrat aufgezeigt. Das bewegt sich immer in einem ähnlichen Rahmen. Die Abschreibungen steigen insbesondere bei der Entsorgung sowie bei Stadtwerk um 4,6 Millionen anstelle von ursprünglich geplanten 1,2 Millionen

Verschuldung: Die Verschuldung steigt, weil die Stadt im Moment zu wenige zusätzliche Einnahmen hat, mit denen die zusätzlichen Investitionen abgedeckt werden können. Sowohl im steuerfinanzierten wie auch im eigenwirtschaftlichen Teil der Stadt finanzieren die Abschreibungen die Neuinvestitionen nicht. Dies führt zu jährlicher Neuverschuldung. Wollten wir dies verhindern, müssten wir jährlich in der Rechnung Gewinne ausweisen oder die Investitionen noch mehr reduzieren, was kaum mehr möglich ist ohne einen Investitionsstau zu produzieren. Zu den einzelnen Departementen gibt es nur wenige Ausführungen. A. Steiner geht nicht im Detail auf alle Bemerkungen des Stadtrates ein, die er in der Weisung gemacht hat. Bau: Ursprünglich war geplant, dass die WC-Anlagen zukünftig vom gebührenfinanzierten Bereich der Entsorgung übernommen werden. Dies ist nun nicht möglich, was sich negativ auf das ursprünglich geplante Budget auswirkt. Das sind die hauptsächlich zusätzlichen Ausgaben im Departement Bau. Zudem werden bei der Vermessung weniger Bundesgelder für das GIS bezahlt und die Abschreibungen fallen höher aus, als im IAFP geplant. Departement Sicherheit und Umwelt: Ursache für die zusätzlichen Ausgaben ist die massive Erhöhung durch die Aufstockung der Polizei, welche vom Stadtrat gemäss IAFP rückgängig gemacht werden sollte, vom Grossen Gemeinderat aufgrund des klaren Resultates in der Volksabstimmung aber nicht unterstützt wurde. Verschiebungen gibt es auch bei den Buseinnahmen, welche gemäss Stadtrat weniger hoch ausfallen werden.

Departement Schule und Sport: 4,3 Millionen Mehraufwand und 1 Million weniger Einnahmen gegenüber dem Budget 2016 und 1,3 Million Mehraufwand gegenüber dem IAFP sind keine erfreulichen Zahlen. Im Bereich Schule sind massive zusätzliche Kosten zu verzeichnen. Einerseits wird mit einem Schülerwachstum von 2,6 % gerechnet, was mit erhöhtem Lohn- und Sachaufwand einhergeht und auch im Bereich Familie und Betreuung zu Mehrkosten führt. Im Bereich Sonderschulung wird mit Mehrausgaben gerechnet. Darauf hat der Stadtrat im Novemberbrief hingewiesen. Bereits in der Rechnung 2016 wird sich das bemerkbar machen. Das zeigt sich auch im Budget. In gewissen Stadtkreisen ist eine massive Zunahme zu verzeichnen. Nicht ganz einfach ist dabei, dass die Stadt nur beschränkt die Kosten beeinflussen kann, da es zu einem grossen Teil die Kreisschulpflegen sind, welche Massnahmen beschliessen. Bei der Berufsbildung ist darauf hinzuweisen, dass sich dort die Staatsbeiträge durch das Sanierungsprogramm Lü16 des Kantons reduzieren werden. Departement Soziales: Nichts Neues beim Sozialen: Die Kosten steigen kontinuierlich, allerdings nicht ganz so stark, wie im IAFP prognostiziert. Auffallend beim Departement Soziales ist das Stellenwachstum im Bereich Asyl und bei der Sozialberatung. Die meisten Stellen werden damit begründet, dass man den Empfehlungen aus dem Bericht des Büros Bass folgen will. Das war eine ausführliche Untersuchung zu den Kostenentwicklungen im Sozialdepartement. Im Bericht sind einige Empfehlungen enthalten, unter anderem wird empfohlen an gewissen Orten zusätzliche Stellen zu schaffen, um an anderen Orten Kosten einsparen zu können. Beispiele sind: Überprüfung der Wohnkosten, Kontrolle der Berechtigung für Zusatzleistungen sowie die Stärkung der Fachstelle für junge Erwachsene. Hier geht es darum junge Erwachsene möglichst schnell ins Berufsleben zu führen. Letztendlich sollten diese

Massnahmen langfristig zu Kostenreduktionen führen. Bei der Prävention und Suchthilfe fällt die neu geschaffene Fachstelle für Extremismus und Gewaltprävention ins Gewicht. Bei der Individuellen Unterstützung wird mit folgendem Kostenanstieg gerechnet: 4,7 Millionen bei der Sozialhilfe und 0,8 Millionen bei der Asylführsorge sind die beiden grössten Posten. Das wird teilweise kompensiert mit dem Wegfall von 3,9 Millionen bei den Kleinkinderbetreuungsbeiträgen. Der Stadtrat hat im Bereich der Entwicklung der Sozialkosten, die in Winterthur überproportional hoch sind, die Rechnung 2013 als Basisjahr genommen und die Kosten erhoben. Dabei zeichnet sich bei der Sozialhilfe bis ins Jahr 2020 ein Kostenwachstum von rund 35 Millionen ab. In anderen Gemeinden steigen die Kosten nicht im gleichen Ausmass. Das sind auch die Zahlen, welche von Seiten des Stadtrates gegenüber dem Kanton geltend gemacht werden. Spitex und Altersheime werden seit dem Budget 2016 als Eigenwirtschaftsbetriebe geführt, weshalb der Kostendeckungsgrad 100 % beträgt. Departement Technische Betriebe: Die Einlagen in die Betriebsreserven bei Stadtwerk erhöhen sich. Details dazu wurden in den vorangegangenen Weisungen erörtert. Der Beitrag an den öffentlichen Verkehr erhöht sich, aber nicht ganz so stark wie im IAFP prognostiziert. Bei Stadtgrün gibt es keine grösseren Verschiebungen. Der Laubholzbockkäfer konnte zum Glück überwunden werden. Bei Behörden und Stadtkanzlei ist mit Minderkosten gegenüber dem IAFP und auch gegenüber dem Budget 16 zu rechnen. Aus den Kommissionen liegen heute mehrere Kürzungs- und Ausbauanträge vor. Diese werden im Anschluss an die Eintretensdebatte einzeln präsentiert.

IAFP: Im Integrierter Aufgaben- und Finanzplan zeigt sich, dass trotz weiteren Kostenreduktionen aus den Sanierungsprogrammen kein Aufatmen möglich ist. Der IAFP ist in den letzten Jahren immer wieder kritisiert worden. Dem Stadtrat kann ein Kompliment gemacht werden – das ist nicht das erste Mal, dass die GLP/PP-Fraktion dem Stadtrat ein Kompliment macht. Es sind eindeutige Verbesserungen erreicht worden. Neu werden Abweichungen erläutert und Veränderungen im Vergleich mit früheren Prognosen ausgewiesen. Ganz wichtig ist, dass gegenüber der Bevölkerung und dem Parlament aufgezeigt werden kann, warum ein Jahr zuvor andere Annahmen getroffen worden sind. Das ist eine eindeutige Verbesserung, wird aber nicht in allen Departementen gleich gut umgesetzt. Die GLP/PP-Fraktion wünscht sich, dass das im nächsten Jahr in allen Departementen in den Erläuterungen entsprechend ausgewiesen wird. Damit wird das Ganze transparent. Im Novemberbrief gab insbesondere der Mehraufwand von 2 Millionen bei der Integrierten Förderung bei der Schule zu reden. Das hat A. Steiner bereits erläutert. Diese Kostensteigerung insbesondere in einzelnen Schulkreisen wird sicher noch genauer analysiert werden müssen. Die AK hat einstimmig beschlossen, auf das Budget 2017 einzutreten. An dieser Stelle bedankt sich A. Steiner beim Stadtrat und der Verwaltung für ihren Einsatz in der nicht ganz einfachen Finanzsituation. In Bezug auf die Finanzen bleibt die Situation leider immer noch angespannt. Die Fraktion erhofft sich von jeder einzelnen Verwaltungseinheit nach wie vor grosses Kostenbewusstsein und da und dort auch Einsparungen, die vielleicht noch nicht budgetiert sind. Stellungnahme der GLP: Die GLP erachtet das Budget 2017 als kleine Verschnaufpause. Mit der Reduktion der Einnahmen wird die Stadt ein leichtes Minus schreiben – beziehungsweise eine rote Null. Die GLP/PP-Fraktion ist der Meinung, dass mit dem Budget 2017 letztendlich ein Plus erreicht werden muss. Die GLP schaut mit grosser Sorge auf die Entwicklungen ab 2018. Aus der Sicht der GLP/PP-Fraktion macht der Stadtrat einen gelähmten Eindruck. Bis zu einem gewissen Grad ist das nachvollziehbar, weil die Zunahme der Kosten tatsächlich sehr stark aufgedrückt wird und schlecht beeinflussbar ist. Es kann aber kaum der richtige Weg sein, nichts zu unternehmen. Es gab während der Beratung keinerlei Anzeichen auf einen Plan B, falls von Kantonsseite keine Einsicht besteht und nicht auf die erwiesenermassen vorhandenen Nöte eingegangen wird. Es braucht dringend einen Plan B. Was passiert, wenn die schlechten Entwicklungen tatsächlich eintreten? Man kann nicht einfach untätig bleiben. Auch die Steuern können nicht einfach entsprechend erhöht werden. Das ist kein guter Plan. Die GLP/PP-Fraktion ist der Meinung, dass verschiedene Szenarien entworfen werden müssen. Es braucht einen Plan, wie mit der Situation in Zukunft umgegangen werden soll, wenn kein zusätzliches Geld vom Kanton fliesst. Es braucht schon innerhalb der nächsten Monate Handlungsoptionen. Zu den zusätzlichen Stellen: Viele zusätzlich beantragte Stellen werden mit Kosteneinsparungen beziehungsweise Mehreinnahmen an andern

Orten begründet. Das gilt es in den nächsten Jahren auch klar auszuweisen. Bereits bestehende Stellen werden meist weniger diskutiert. Wahrscheinlich müssten eher an gewissen Orten Stellen gestrichen und nicht die beantragten Stellenausbau abgelehnt werden. Viele zusätzliche Stellen sind gut begründet. Sehr oft wird der Ausbau mit Einsparungen begründet. Diese soll der Stadtrat auch ausweisen. Er muss aufzeigen, dass diese Stellen zum gewünschten Erfolg führen. Die GLP/PP-Fraktion wird in diesem Jahr den Personalmassnahmen zustimmen.

Noch einige Bemerkungen zum IAFP: A. Steiner hat als Präsidentin der AK erklärt, dass eine gute Entwicklung stattgefunden hat. Die Grünliberalen sehen tatsächlich in Bezug auf die genauere Planung in den einzelnen Produktgruppen Fortschritte. Einzig in Bezug auf die Risiken kann man nicht sicher sein, ob alles im Auge behalten wird. Der gesamte IAFP ist aber bezüglich der Risiken nach wie vor ungenügend. Es ist den Grünliberalen schleierhaft, weshalb im IAFP mit keinem einzigen Wort auf die Schieflage der Pensionskasse hingewiesen wird. Bereits vor einem Jahr hat A. Steiner an dieser Stelle mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, dass die Pensionskasse ein grosses Problem darstellt. Sie hat das Gefühl, dass der Stadtrat diese heisse Kartoffel vor sich her schiebt. Es kann nicht sein, dass die Pensionskasse als grosses Risiko nicht einmal erwähnt wird. Die Rede ist von hohen Beträgen – von Beträgen um die 200 Millionen, die in der Pensionskasse fehlen. Im Moment hört man nichts darüber. Es ist zwar angekündigt worden, dass das Thema im Januar 2017 aufgegriffen werden soll. Das müsste aber zumindest im IAFP als grosses Risiko enthalten sein. Es ist unverständlich, dass seit mehr als einem Jahr nicht gehandelt wird, trotz der Anzeichen, dass dringend gehandelt werden muss. An dieser Stelle möchten die Grünliberalen ausdrücklich all jenen Verwaltungseinheiten danken, welche den Kopf nicht in den Sand stecken und jammern, sondern versuchen, die Herausforderung anzunehmen und mit kreativen Lösungen Kosten einzusparen. Die Grünliberalen und der Pirat werden auf das Budget eintreten.

Ratspräsidentin Ch. Leupi wird nach dem Drehbuch vorgehen, das allen Ratsmitgliedern vorliegt.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Das Budget 2017 ist nicht spektakulär. Es ist insbesondere auch deshalb nicht spektakulär, weil sich die Steuermindereinnahmen, die allenfalls aus der Unternehmenssteuerreform III resultieren werden, nicht im Budget 2017 widerspiegeln, sondern erst im Jahr 2020. Es fällt auf, dass bei den Aufwendungen im Budget 2017 häufig der gleiche Weg genommen wird, wie der Ist-Weg 2015. Damit steht der Weg 2016 etwas schräg da. Im Weiteren fallen die 38 neuen Stellen auf. Wobei, wenn man die refinanzierten Stellen abzieht, ist die Stellenaufstockung nicht ganz so gross. Wenn man mit einbezieht, dass es sich in einzelnen Fällen um Verschiebungen handelt oder um kleinere Stellenaufstockungen wie im Departement Finanzen oder im Departement Schule und Sport, ist das aufgrund des Bevölkerungswachstums erklärlich. Größere Stellenaufstockungen sind im Departement Soziales budgetiert, darauf kommt Ch. Griesser noch zu reden – das gleiche gilt für das Departement Sicherheit und Umwelt. Es ist bekannt, wer dafür verantwortlich ist – nämlich die Stimmbürger und der Grosse Gemeinderat. Unter Berücksichtigung des Novemberbriefs und der abgelehnten Elektrizitätsabgabe schliesst das Budget mit einer roten Null ab. Der IAFP sieht für die Jahre 2019 und 2020 relativ düster aus. Deshalb ist es für die Fraktion Grüne/AL sicher der falsche Zeitpunkt, den Steuerfuss zu senken. Wer den Stellenaufbau im Departement Soziales ablehnt, verkennt, dass die Fallbelastung in Winterthur sehr hoch ist. Grundsätzlich ist klar, je mehr Fälle ein Sozialarbeiter bearbeiten muss, desto weniger Zeit steht für den einzelnen Fall zur Verfügung. Insbesondere bei Menschen, die mit komplexen Problemen zu kämpfen haben, ist eine enge Beratung und Begleitung nötig. Es geht um fördern und fordern. Das benötigt Personal. Wer das nicht will, tritt letztendlich für das Modell ZVV ein – das heisst Selbstkontrolle. Sehr positiv ist, dass die Lohnmassnahmen im Budget 2017 enthalten sind. Die Mitarbeitenden haben es sicher verdient, dass sie wieder einmal etwas mehr erhalten. Fazit: Die Fraktion Grüne/AL tritt auf das Budget ein. Sie sieht sich einmal mehr gezwungen, das Budget eines mehrheitlich bürgerlichen Stadtrates gegen eine bürgerliche Parlamentsmehrheit zu verteidigen. Das Budget ist, wie erwähnt, nicht spektakulär.

lär. Ch. Griesser ist der Ansicht, dass nach der Eintretensdebatte direkt zur Schlussabstimmung übergegangen werden könnte. Er nimmt aber an, dass einige Ratsmitglieder etwas dagegen haben und sich gerne profilieren wollen.

I. Kuster (CVP/EDU): Obwohl sie erst seit Januar 2016 im Grossen Gemeinderat ist und erst seit kurzem Fraktionspräsidentin, ist ihr die ehrenvolle Aufgabe zugefallen, sich im Rahmen der Eintretensdebatte zum Budget 2017 im Namen der Fraktion CVP/EDU zu äussern. Die Fraktion hat zum ersten Mal in dieser Zusammensetzung das Budget behandelt. I. Kuster bedankt sich für die gute Aufnahme und Einführung in den einzelnen Kommissionen. Aus diesem Grund wird sie keine Aussagen zur Entwicklung in der Vergangenheit machen. Die Fraktion startet quasi neu mit dem Budget 2017 und schaut vorwärts. Sie dankt dem Stadtrat und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit und für das Budget 2017. Die Fraktion ist sehr erleichtert und dankt dem Stadtrat, dass er ein ausgeglichenes Budget ohne Antrag auf eine Steuererhöhung präsentiert hat. Wie bereits mehrfach erwähnt, hat die Freude nur kurze Zeit gedauert. Erstens sind die Prognosen für die kommenden Jahre alles andere als erfreulich. Gewitterwolken stehen am Himmel und lassen nichts Gutes erahnen. Das führt zur Vermutung, dass die nächsten Budgetrunden anspruchsvoller sein werden. Zweitens hat I. Kuster nicht schlecht gestaunt, dass bei vielen Produkten die Sachaufwendungen höher sind als im Budget 2016. Dort wo der Sachaufwand im Jahr 2016 gesenkt werden konnte, liegen die Kosten erneut über dem Stand von 2015. Die CVP/EDU-Fraktion hat erwartet, dass die Sachaufwendungen zumindest bei negativer Teuerung mit wenigen Ausnahmen gleich bleiben. Nach dem Verständnis der CVP/EDU-Fraktion sind in den Sachkosten zusätzlich umgelagerte Kosten enthalten, deshalb ist es schwierig festzustellen, was und wieso etwas teurer ist. Die CVP/EDU-Fraktion wünschte, dass diese beiden Kosten in Zukunft getrennt ausgewiesen werden. Falls I. Kuster etwas falsch verstanden hat, wird sie nächstes Jahr gerne Nachhilfestunden in Anspruch nehmen. Vielleicht gibt es in Zukunft einen Einführungskurs für die städtische Rechnungslegung für neue Gemeinderatsmitglieder. Wenn schon über das Budget diskutiert wird und weil Weihnachten bald vor der Tür steht, kommt I. Kuster zum dritten Wunsch. Sie wünscht sich eine noch transparentere und übersichtlichere Darstellung des Budgets. Vielleicht könnte man mehr mit Graphiken arbeiten.

Die Zusicherung des Stadtrates, die ganze Situation mittel- und langfristig verbessern zu können, hat die CVP/EDU-Fraktion gerne gehört. Die Fraktionsmitglieder sind sich bewusst, dass es die Quadratur des Zirkels bleibt, gute Dienstleistungen zu erbringen, die Vorgaben von Kanton und Bund und die Begehrlichkeiten des Gemeinderates zu erfüllen – gerade dann, wenn Wahlen vor der Tür stehen – und gleichzeitig einen wettbewerbsfähigen Steuerfuss anzubieten. Die CVP/EDU-Fraktion ist zuversichtlich, dass mit allen Beteiligten ein gangbarer Weg gefunden werden kann. Deshalb sind transparente und einfach verständliche Darstellungen der finanziellen Lage der Stadt Winterthur sehr wichtig. Nicht nur die Verwaltung und die Gemeinderatsmitglieder müssen die finanzielle Lage der Stadt kennen und verstehen, sondern auch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Wie erwähnt, bereiten der Fraktion die zunehmenden Kosten in den Bereichen Gesundheit, in der Sozialhilfe und Bildung grosse Sorgen. Sie hat verstanden, dass der Stadtrat auf kantonaler Ebene bei diesem Thema aktiv ist. Da die CVP im Moment im Kantonsrat nicht vertreten ist, appelliert sie an alle anderen Parteien, sich auf der Stufe Kanton aktiv für neue Lösungen einzusetzen. Aber wie erwähnt, nur auf den Kanton zu hoffen, reicht nicht weit. Die Stadt Winterthur muss dort wo sie einen eigenen Handlungsspielraum hat, diesen ausnützen und die Kostensituation verbessern. Die CVP/EDU-Fraktion hat keine Freude daran, dass die Kosten der Sonderschulmassnahmen gemäss Novemberbrief um 2 Millionen gestiegen sind. I. Kuster stellt die Frage, ob das Controlling in diesem Bereich funktioniert und wieso nicht früher reagiert worden ist. Wenn wie geplant im Rahmen des Budgets 2017 gewisse Massnahme bewilligt werden, wie zum Beispiel neue Stellen oder Lohnerhöhungen, erwartet die CVP/EDU-Fraktion dass das spürbar ist – sei das durch eine höhere Zufriedenheit der Mitarbeiter, weniger Pensionen, höhere Grundstückgewinnsteuern, weniger Sozialhilfefälle dank vermehrter Integration ins Arbeitsleben oder dank tieferen Mietzinsausgaben für Sozialhilfeempfänger. Auch hier geht es um das Thema Controlling. Es werden immer wieder Verbesserungen verspro-

chen. Sei das in finanzieller Hinsicht oder betreffend Qualität der Dienstleistungen. Häufig ist es aber schwierig oder es fehlt der Nachweis oder das Instrumentarium, um nachvollziehen zu können, ob die gesetzten Ziele effektiv erreicht worden sind und wenn nicht wieso. Im Rahmen der Budgetberatung entscheidet der Gemeinderat welche Ressourcen er welchen Aufgaben zuteilen will, welche Standards er will oder welche nicht. Obwohl der diesjährige Budgetprozess für die CVP/EDU-Fraktion aus verschiedenen Gründen anspruchsvoll und zeitintensiv war, haben sich die Fraktionsmitglieder gerne eingebracht. Die Fraktion ist überzeugt, dass Winterthur weiterhin eine attraktive Wohn-, Arbeits- und Bildungsstadt bleiben wird. Die CVP/EDU-Fraktion trägt gerne dazu bei, dass das in Zukunft so bleibt und tritt auf die Budgetdebatte ein.

Th. Deutsch (EVP/BDP): Die EVP/BDP-Fraktion dankt dem Stadtrat und allen am Budget beteiligten Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Sie haben ein seriöses und gut ausgearbeitetes Budget vorgelegt. Die Zahlen will Th. Deutsch nicht wiederholen. Man sieht dem Budget die vergangenen Sparmassnahmen an. Es ist ein mageres, durchtrainiertes Budget ohne überschüssiges Fett. Man kann kaum mehr wegsparen. Das Personal liegt der EVP/BDP-Fraktion am Herzen und zwar das ganze Personal. Auch diejenigen, die in einigen Jahren in neue menschenwürdige Räumlichkeiten an der Obermühlestrasse ziehen dürfen. Letztes Jahr hat die EVP/BDP-Fraktion einen Kompromissantrag einbringen müssen, weil die Personalmassnahmen keine Mehrheit gefunden haben, die geleistete Arbeit des Personals aber trotzdem anerkannt werden sollte. Die EVP/BDP-Fraktion ist daher sehr zufrieden, dass 2017 die Personalmassnahmen gewährt werden und diese vermutlich eine Mehrheit finden werden. Die Personalmassnahmen werden vollumfänglich durch Rotationsgewinne finanziert. Das Personal hat diese Massnahmen verdient. Der Druck und die Arbeitsbelastung sind gestiegen nicht zuletzt aufgrund der Sparmassnahmen und aufgrund der Entscheidungen des Gemeinderates. Leider schleckt es keine Geiss weg, dass die Aussichten trüb sind. Die Leistungsüberprüfung 16 und die Unternehmenssteuerreform III sind die Stichworte. Die EVP/BDP-Fraktion teilt die Sorgen des Stadtrates und der Ratsmitglieder, die sich bereits zur Kostenentwicklung in gewissen Bereichen wie Soziales und Schule geäussert haben. Nicht über alle Kosten kann die Stadt selber bestimmen. Die EVP/BDP-Fraktion hofft, dass sich insbesondere was den Soziallastenausgleich angeht, der IAFP bewahrheiten wird. Alle stehen hier in der Pflicht, dem Finanzhaushalt Sorge zu tragen, zusammenzustehen und über ihre Kantonsräte entsprechend Einfluss nehmen. Winterthurer Politiker oder Politikerin sein heisst, dass man sich für die Stadt einsetzen muss – egal welche Farbe das eigene Parteibuch hat.

S. Büchi (SVP): Die Situation ist doch eigenartig. Das vorliegende Budget ist ausgeglichen und kommt bei allen einigermaßen gut an – das ist der bisherige Tenor. Gleichzeitig ist der IAFP miserabel – nicht der IAFP selber ist miserabel, sondern das prognostizierte Defizit. A. Steiner hat es bereits dargestellt. Bis zu 60 Millionen soll das Defizit bereits in vier Jahren erreichen – nicht erst in 20 Jahren. Das ist ein riesen Fiasko. Deshalb kann das Budget für nächstes Jahr ebenfalls nicht befriedigen. Die Zahlen sind im Detail nicht bekannt. Niemand weiss, was in den nächsten drei bis vier Jahren alles passiert. Man kennt aber den ungefähren Investitionsbedarf. Diese Zahlen haben eine gewisse Zuverlässigkeit. Deshalb stellt sich die Frage, wie können die 60 Millionen in den nächsten vier Jahren gedeckt werden. Hat jemand eine Antwort? S. Büchi hat bisher keine guten Antworten erhalten. Vor allem im Gespräch mit Stadträtin Y. Beutler wird immer wieder der Soziallastenausgleich erwähnt. S. Büchi hat nichts dagegen, wenn der Kanton der Stadt Winterthur mehr Geld geben will. Aber man muss sich bewusst sein, dass Winterthur bereits mit Abstand die grösste Nettoempfängerin ist in Bezug auf den Steuerkraftausgleich und den Zentrumslastenausgleich ist. Jetzt will die Stadt 40 Millionen mehr. S. Büchi glaubt nicht, dass das möglich sein wird. Es ist relativ gewagt, wenn man bereits diese riesigen Millionenbeträge einplant. Winterthur muss diese Probleme selber lösen mit den vorhandenen Möglichkeiten.

Budget 2017: Es kann nicht sein, dass so viele neue Stellen geschaffen werden. In den letzten Jahren sind bereits mehrere Effizienzprogramme durchgeführte worden. Jetzt sollen ungefähr 30 neue Stellen geschaffen werden. Ein Vorwurf wird sofort gemacht. Es wird argu-

mentiert, dass ein Teil der neuen Stellen bei der Polizei geschaffen werden. Diese Stellen hat die SVP gewünscht. Das ist richtig, dazu steht die SVP-Fraktion. Das hat die SVP mit Erfolg gefordert. Sie musste in vielen Debatten dafür kämpfen, dass der Volksentscheid umgesetzt wird. Sicherheit ist die wichtigste Aufgabe, die diese Stadt zu erfüllen hat. Deshalb müssen diese Stellen gewährt werden. Aber etwas muss man ebenfalls sehen, wenn man für jede Stellenaufstockung eine so lange Debatte führen und ein Hin und Her in Kauf nehmen müsste wie bei der Polizei, würden im Superblock mehr Büros leer stehen. In den letzten vier bis fünf Jahren sind in fast allen Departementen Stellen aufgestockt worden. Warum ist dieses Budget ausgeglichen? Doch nur weil letztes Jahr eine Steuererhöhung durchgesetzt worden ist. Die linke Mehrheit hat erklärt, dass mit einer Steuererhöhung die finanzielle Lage besser wird. Was ist das Resultat? Die Mehrerträge werden sofort verbraucht. Deshalb wird die SVP die Forderung aufstellen, die Steuererhöhung rückgängig zu machen, auch weil sie als temporäre Steuererhöhung angedacht war. Die Stadt kann nur dann zu einem stabilen Haushalt kommen, wenn man sich fragt, welche Leistungen tatsächlich benötigt werden. Wenn man einfach mehr Mittel in die Kasse spült, wird diese Frage ständig umgangen. Langfristig kann das berüchtigte Defizit in vier Jahren nur vermieden werden, wenn die Probleme gelöst werden. Man muss sich das auch bildlich vorstellen. Wenn man mit einem Auto auf den Aufgründ zufährt, muss man rechtzeitig auf die Bremse stehen. Das wird aber nicht gemacht. Man fährt weiter auf den Abgründ zu. Das ist der falsche Weg.

R. Kappeler (SP): Will sich in vier Absätzen zum Budget äussern. 1. Die Fraktion der SP dankt dem Stadtrat und der Stadtverwaltung ganz herzlich für das gute Budget. Es ist zahlenmässig gut mit einer rot/schwarzen Null. Rot/schwarz ist keine grosse Koalition, sondern betrifft die Null, die ein wenig rot oder schwarz sein kann. Das spielt keine Rolle. Es sind aber nicht nur die Zahlen, die präsentiert werden. Das Budget hat eine hohe Qualität. Es steckt viel seriöse Arbeit dahinter und ermöglicht eine seriöse Finanzplanung. Das Budget ist als Instrument sehr tauglich. R. Kappeler ist froh, im Gegensatz zur CVP, dass es so viele Zahlen enthält und nicht viele Piktogramme. Aus den Zahlen kann man mehr ableiten. Die gute Qualität ist auch dem Finanzdepartement und insbesondere dem Finanzamt zu verdanken. 2. Der Stadtrat und die Verwaltung haben die Hausaufgaben gemacht, das beweist das Budget 2017. Zwei harte Sparpakete, effort14+ und Balance, sind zum Teil bereits umgesetzt. Das Budget kann von diesen Sparpaketen profitieren. Die SP hat die Sparmassnahmen nicht mit Jubel unterstützt. Das ist klar. Es zeugt aber von einer sehr guten Arbeit und von einem guten Finanzmanagement. Die Sparpakete werden begleitet von einem guten Controlling. Ein kleines Detail ist von A. Steiner bereits erwähnt worden, die Zinse sind tief. Natürlich ist das ein Glück für die Stadt. Aber auch hier sind ein geschicktes Management und geschickte Strategien vorhanden. Das hat die Stadt dem Finanzamt zu verdanken. Damit hat die Stadt den Beweis erbracht, dass Winterthur keine Pleitestadt ist. Das Budget ist ausgeglichen. Die Hausaufgaben wurden gemacht. Es wäre deshalb Zeit, etwas freundlicher in Welt zu schauen. 3. Das Budget 2017 ist kein kurzes Durchatmen, wie die GLP erklärt hat, sondern eher ein "autonomes Normaljahr", das die Stadt Winterthur gestalten kann. Der Landbote hat es letzten Samstag geschrieben: Sparen per se ist kein Wert, kein politischer Inhalt. Mit dem Budget 2017 kann das Sparen etwas in den Hintergrund rücken. Die SP möchte wieder politische Inhalte ermöglichen für eine lebenswerte, soziale Stadt für Jung und Alt, für Bildung, Arbeit und Kultur. Hier sollte man wieder vorwärts schauen und aktiv Schwerpunkte setzen. Das ist Politik und nicht einfach mit dem Rasenmäher sparen. Nach 5 Jahren ohne Stufenaufstiege und Leistungszulagen ist 2017 endlich auch wieder ein Normaljahr für das städtische Personal, das grosse Lasten zu tragen hat aufgrund der Sparpakete. Eigentlich erhalten die Mitarbeitenden das, was sie nach geltendem Recht zugute haben. Die SP ist sehr erfreut, dass das Personal diese Entschädigung erhält. Der Stellenausbau ist ein weiterer Punkt. Die Fraktion Grüne/AL hat es deutlich gesagt: Im Sozialbereich ist der Ausbau eine Folge der hohen Fallzahlen pro Mitarbeitende. Diese Zahlen sind in Winterthur viel höher als in vergleichbaren Gemeinden. Aufgrund von Studien kann man davon ausgehen, dass sich die zusätzlichen Stellen lohnen werden. Eine intensivere Betreuung kann die Transferzahlungen senken. Die anderen Stellen sind die Folgen eines Volksent-

scheids, dem auch die SP folgt. Bis hierher ist das Budget sehr erfreulich und jetzt könnte der Gemeinderat sich der Politik zuwenden.

4. Mit diesem Punkt folgt ein Aber: Auch der SP macht die langfristige Planung, der IAFP für die Jahre 2018/2019/ 20120 Sorgen. Damit alle wissen, um welche Beträge es geht, zeigt R. Kappeler doch noch ein Piktogramm. Tatsächlich sind Verluste zu erwarten – im Jahr 2018 sind es minus 14 Millionen, 2019 minus 35 Millionen und minus 27 oder sogar minus 62 Millionen im Jahr 2020, wenn es schlimm kommt. Aber man muss sich fragen warum. Es handelt sich nicht einfach um ein Fiasko, sondern es sind äussere Faktoren, die Winterthur nicht verschuldet hat und gegen die man sich teilweise noch wehren kann. R. Kappeler nennt drei Gründe: Es gibt nur wenig interne Kostentreiber. Das gilt nicht allein für Winterthur, sondern ist eine Folge des Lebensstandards in der Schweiz, im Kanton Zürich und auch in Winterthur. Gesundheit, Schule, Pflege und Soziales kosten viel Geld. Das muss die Stadt in den Griff bekommen. Im Budget 2017 ist das bereits soweit geplant, dass die Stadt in den Jahren 2018/2019 und 2020 damit leben kann. Ein weiterer Punkt ist das Umfeld.

1. Steuerumfeld von Bund und Kanton: Die USR III wird die Stadt ca. 20 Millionen kosten ab 2020. Für die Gemeinden ist diese Reform weitgehend ein Verlustgeschäft. Vielleicht müsste man sich doch überlegen, ob es der Weisheit letzter Schluss ist, dass die Gemeinden diese Mindereinnahmen mit Steuererhöhungen oder anderen Massnahmen auffangen müssen.

Die Veränderungen bei der Grundstückgewinnsteuer von juristischen Personen im Kanton Zürich ist ein weiterer Punkt. Diese Steuer fällt bei den Gemeinden an. Auch hier mischt sich der Kanton ein. Das Ganze nennt sich Verlustverrechnung. Damit werden juristische Personen erneut begünstigt. Dagegen hat die SP keine grundsätzlichen Einwände. Wenn es aber letztendlich die Gemeinden ausbaden müssen, ist das nicht der Weisheit letzter Schluss.

2. Der Kanton nennt sein Sparprogramm Leistungsüberprüfung (LÜ 16), in Tat und Wahrheit ist es aber ein Kostenabwälzungsprogramm auf die Gemeinden. Aufgaben werden auf die Gemeinden abgeschoben. Im Jahr 2018 rechnet Winterthur mit einem Mehraufwand von 5 Millionen und 2019 und 2020 mit 10 Millionen. Winterthur sind die Hände gebunden. Der Kanton erklärt einfach, dass die Gemeinden diese Kosten übernehmen müssen. 3. Der Kanton Zürich verteilt die Kosten der sozialen Wohlfahrt nach wie vor sehr unsolidarisch. Winterthur zahlt gegenüber dem kantonalen Durchschnitt Jahr für Jahr rund 35 Millionen mehr. Bereits als der Finanzausgleich 2005 eingeführt wurde, hat die SP erklärt, dass Winterthur 30 Millionen zu wenig erhält. Es geht darum, dass die unsolidarische Verteilung dieser Kosten korrigiert wird. Seit 10 Jahren haben sich diese Lasten in den verschiedenen Gemeinden stark auseinander entwickelt. Wenn man nur die durchschnittlichen pro Kopf Ausgaben anschaut, muss Winterthur jedes Jahr 35 Millionen mehr bezahlen. Niemand kann sagen, dass Winterthur ein Verschulden trifft. Es handelt sich um nichts anderes als um eine Subventionierung der Zürichsee Gemeinden durch die grossen Städte. Wollen die Winterthurer das? Sicher nicht.

Schlussfolgerungen: Was kann Winterthur gegen diese Entwicklung in Zukunft unternehmen? Alle sind gefordert. Der Stadtrat wird aufgefordert, einen Plan B zu entwickeln. In den Kommissionen ist das immer wieder erwähnt worden. Der Stadtrat hat versprochen, diese Aufgabe mit dem Budget 2018 zu machen. Die SP vertraut darauf, dass der Stadtrat mit der gleichen Qualität, wie das Budget 2017, Ideen liefern wird. Bereits am 12. Februar 2017 können wir als Volk die Weichen anders stellen mit einem nein zur dreifach unsolidarischen USR III. Sie ist international unsolidarisch: Die jetzigen Steuerprivilegien für Holdings erlauben internationalen Konzernen, ihre Gewinne, die sie im Ausland erwirtschaften, in der Schweiz günstiger versteuern - die USR III will diese Steuer-Schlupflochpolitik retten. Mit der USR III und der geplanten Umsetzung im Kanton Zürich werden Firmen entlastet und natürliche Personen müssen für die Lücke aufkommen - das ist unsolidarisch für die Privatpersonen. Die grössten Steuerausfälle betreffen die Gemeinden - das ist unsolidarisch im inner-schweizerischen und innerkantonalen Verhältnis. Der Grosse Gemeinderat soll jetzt nicht den Steuersatz senken, wie das die SVP will. Winterthur ist mit dem jetzigen Steuersatz wahrscheinlich bereits am unteren Limit. Es braucht einen vernünftigen Anpassungspfad, der den Unternehmen Planungssicherheit bietet. Alle Parteien und Kantonsräte sollen lobbyieren für eine faire Verteilung der Leistungen für die soziale Wohlfahrt und für einen solidarischen innerkantonalen Finanzausgleich. Alle Städte, die höhere Lasten für die soziale Wohlfahrt

tragen, sollen entlastet werden. Kein Winterthurer darf die Subventionierung von Zürichsee Gemeinden durch die Städte weiterhin dulden.

U. Hofer (FDP): Das Budget ist unspektakulär. Die FDP Fraktion tritt selbstverständlich auf das Budget ein. Wichtiger ist natürlich was die FDP davon hält – nachdem nun wohl die Meinungen der beiden Pole – Bashing der Finanzvorsteherin / Lobeshymne auf die Finanzvorsteherin gehört haben – vorgetragen worden sind. Zum Glück ist die FDP nicht im Wahlkampf, Im Budget 2017 der Stadt Winterthur wird nach aktuellem Kenntnisstand eine rote Null angepeilt. Ganz kurz zusammengefasst ist dies erfreulich, wenn man sieht, wie sich die Lage noch vor einigen Jahren präsentiert hatte. Es ist aber leider zu wenig, wenn man etwas nach vorne blickt. Klar erkennbar ist insbesondere, dass die Massnahmen, die der Stadtrat und Teile des Gemeinderates in den letzten Jahren umgesetzt haben, bitter nötig waren und dass Winterthur ohne diese Massnahmen bereits jetzt in einer sehr prekären finanziellen Lage stünde. Im Rückblick erscheint es nach wie vor unklar, wie und womit gewisse Parteien auf die finanziellen Probleme der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft hätten reagieren wollen - eine Antwort bleibt man bis heute schuldig; dass man die eingeschlagenen Massnahmen nicht mit Jubel unterstützt hat, ist ja wohl die Untertreibung des Tages. Im Votum von R. Kappeler ist leider kein konkreter Lösungsbeitrag, den die Stadt in der eigenen Hand hat, hängen geblieben – dass die Winterthurer die Goldküste subventionieren, ist eine gewagte These. Zudem ist das noch keine Lösung, sondern nur ein parteipolitisches Jammern, wer oder was schuld sein sollte, dass das Budget begrenzt ist. Man muss sich jedoch vorwerfen lassen, dass man bis jetzt noch nie einen nachhaltigen Beitrag zur Lösung präsentiert hat. Memoria: Nach oben unbegrenzte, jährliche Steuererhöhungen sind nach Ansicht der FDP kein nachhaltiger Beitrag.

Denn genau der Blick in die Zukunft zeigt, dass einige der grundlegenden Probleme der Stadt Winterthur weiterhin ungelöst sind. Das Loch beziehungsweise mittlerweile bereits die Löcher im Kessel sind immer noch nicht geflickt (Sozialhilfe, Schulkosten). Zugegebenermassen können sowohl Kräfte innerhalb wie auch ausserhalb des Einflussbereiches der Stadtverwaltung zur Lösung (oder Verschärfung) dieser Problemen beitragen. Der Stadtrat setzt tendenziell eher auf Plan A und erhofft sich insbesondere von Kanton und Bund einen substantiellen Lösungsbeitrag (z.B. eine fairere Verteilung der durch höherrangiges Recht verursachten Kosten mittels Anpassung des Finanzausgleiches). Aus Sicht der FDP wäre es jedoch fahrlässig, einzig und allein auf Plan A zu setzen – ein Szenario B muss zumindest in die Notfallplanung aufgenommen werden. Falls dieses Szenario eintritt, ist es aus Sicht der FDP wichtig, dass man einerseits offen und mutig genug ist für unkonventionelle und wenig erforschte Pfade (z.B. Seilbahn) und andererseits bei der Auswahl des Lösungsweges eine klare Prioritätensetzung und einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt (z.B. gänzlicher Verzicht auf gewisse Aufgaben und Dienstleistungen anstatt Giesskannen-Sparen).

Vor dem Hintergrund dieser Grosswetterlage will die FDP in die Gegenwart schauen. Dabei ist es wichtig sich zuerst in Erinnerung zu rufen, was die wichtigsten Zahlen und Fakten sind, die man dem Budget 2017 entnehmen muss: Mit dem Verzicht auf die Beleuchtungsabgabe und unter Berücksichtigung der neuesten Entwicklungen ist für das Jahr 2017 mit einer roten Null (keiner schwarzen) zu rechnen. Ausserordentliche Aufwände –wie z.B. die sich anbahnende weitere Sanierung der Pensionskasse – vorbehalten, hätte die Stadt per Ende 2017 ein zweckfreies Eigenkapital von ungefähr 80 Millionen – Pensionskasse 60 Millionen. Gemäss IAFP der Stadt und weitere Sanierungspakete vorbehalten, wäre dieses Eigenkapital selbst im optimistischen Fall (d.h. wenn Winterthur innert zwei Jahren tatsächlichen einen faireren Soziallastenausgleich erhielte) in ca. 4 Jahren aufgebraucht; wesentlich schneller, wenn sich der Soziallastenausgleich verzögert oder gar nie erreicht wird. Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, dass man ca. 41 Stellen aufstocken möchte und weiter in Kauf nimmt, dass sich der bereinigte Gesamtaufwand verglichen mit dem Budget des Vorjahres um rund 27 Millionen erhöht. Dies ist auch eine der vielen möglichen Antworten auf Ch. Meiers Eingangsvotum, wo leider wiederum darauf angespielt wurde, dass gewisse Parteien Winterthur angeblich zu Tode sparen würden. Diese Aussage ist schlicht und einfach durch Zahlen widerlegt und nicht haltbar. Niemand stirbt, wenn man ihm zu Weihnachten nicht das volle, sondern nur Dreiviertel des Wunschkonzerts gewährt. Warum sind diese Zahlen und

Fakten wichtig: Allen hier im Saal sollte folgendes unmissverständlich klar sein: "Houston we [still] have a problem". Der Tanker Mike Künzle Winterthur steuert weiterhin auf einen bzw. den nächsten Eisberg zu. 1. Egal, wo man politisch steht, müsste eigentlich jeder, einen weiteren Ausbau bestehender Leistungen und Stellen besonders kritisch hinterfragen und zwei Mal auf dringende Notwendigkeit überprüfen, wenn er seine finanzpolitische Verantwortung ernst nimmt. 2. Wo steht die FDP? Die FDP wird sich dieses Jahr wohl insgesamt weniger kritisch zeigen als auch schon. Insbesondere ist die FDP bereit, die beantragten Lohnmassnahmen zu gewähren; dies als Dank für das Personal für den Durchhaltewillen und den Einsatz in den schwierigen letzten Jahren. Die FDP ist ebenso bereit, einen gemässigten Ausbau der Stellen mitzutragen. Dass dies nicht einfach eine Selbstverständlichkeit ist, zeigt ein Blick auf den IAFP, der durchaus eine andere Würdigung zulassen würde. In gewissen Bereichen wird die FDP jedoch den Aufbau von einzelnen Stellen kritisch hinterfragen. Die Erfahrung zeigt nämlich, dass es wesentlich einfacher ist, Stellen zu schaffen als abzubauen. Und zwar macht die FDP dies nicht deshalb, weil sie nicht glaubt, dass ein gewisser Bedarf für diese Stellen besteht; sondern eben, weil es um die finanzpolitische Gesamtverantwortung geht. Dort wo die FDP den Stellenaufbau in Frage stellt, ist sie der Meinung, dass man mit einer richtigen Prioritätensetzung im Notfall auch ohne diese Stellen auskommen könnte und insbesondere auch die damit verfolgten Zusatzaufgaben abdecken könnte oder unter Umständen andere, weniger prioritäre Aufgaben nach hinten stellt müsste. Das wird nicht einfach und angenehm sein - aber Einfachheit und Annehmlichkeit wäre ohnehin ein Luxus, den sich Winterthur ohnehin kaum mehr leisten kann. Weiter wird die FDP Anträge stellen, gewisse Stellen zu befristen, was dazu zwingt vor Ablauf der Befristung zu analysieren, ob die Stellen die gewünschte Wirkung erzielt haben. Es ist jedoch klar - auch die Anträge der FDP rüsten die Stadt noch bei weitem nicht für die prognostizierte Zukunft. Deshalb ist wichtig, dass sich alle mental mit dem nächsten Sturm befassen - vielleicht hat Winterthur ein Jahr Verschnaufpause. In dieser Pause muss man an einem nachhaltigen Plan B für das Jahr 2018 und die folgenden Jahre arbeiten, falls Winterthur ohne externe Hilfe zurechtkommen muss. Weiter ist klar, dass natürlich der Stadtrat trotzdem nach allen Kräften bemüht sein sollte, im Jahr 2017 das gesprochene Budget eher zu unter- anstatt zu überschreiten. Der Gemeinderat und das Stimmvolk würden dies wohl sehr begrüßen. In diesem Sinne dankt die FDP dem Stadtrat und der Stadtverwaltung für das vorgelegte Budget und allen anderen für die Aufmerksamkeit.

M. Wäckerlin (GLP/PP) hat einige Ergänzungen zu den Fakten, die A. Steiner vorgebracht hat. Ein Problem ist; Winterthur darf nicht einfach Hilfe von aussen erwarten. Der IAFP zeigt, dass die Stadt in einen Abgrund schaut. Deshalb braucht es einen Richtungswechsel. Die Unternehmenssteuerreform III ist von den Ratsmitgliedern mehrfach angesprochen worden. M. Wäckerlin ist der Meinung, dass diese aus zwei Teilen besteht. Bund und Kanton bestimmen über die Umsetzung der Reform. Dass eine Reform nötig ist, konnte aufgezeigt werden. Auf die Umsetzung muss die Winterthurer Politik Einfluss nehmen können. Die Unternehmenssteuerreform III wird aber kein Loch von 40 Millionen verursachen. Dass das Budget mit einer leicht roten Null abschliesst, ist nicht gut. Die Einnahmen und die Ausgaben sind angestiegen. Jetzt muss der Fokus richtig gesetzt werden.

R. Kappeler (SP): Kann den Optimismus nicht teilen. Die Sanierung der Pensionskasse kann zum Debakel werden. Winterthur kann nicht entspannt in die Zukunft schauen. Die Leistungsüberprüfung des Kantons bedeutet für die Gemeinden weitere Kosten. Winterthur hat bereits zwei Sparprogramme durchgeführt. Das wird nicht ausreichen. Es braucht ein drittes Sparpaket. Das Loch ist gross, selbst wenn der Kanton entgegenkommt. Sicher würden viele eine Steuersenkung begrüßen. Wenn aber die Steuern einmal gesenkt worden sind, können sie nur schwer wieder erhöht werden. Die SP wird nicht alle Sparanträge unterstützen. Einige machen aber Sinn. Einige Stellen können auch befristet werden.

M. Gross (SVP): Diese Märchenstunde ist geprägt von den Parteiinteressen. Fakt ist, dass die Steuereinnahmen angestiegen sind. Wenn die Unternehmenssteuerreform III abgelehnt

wird, werden die Steuern nicht automatisch sinken. Zudem muss in Zukunft mit einem Defizit von bis zu 60 Millionen gerechnet werden.

S. Büchi (SVP): Die SVP hat bestimmt nicht die Absicht, die städtische Infrastruktur zu schädigen. Die Ausgaben müssen aber reduziert werden.

Stadträtin Y. Beutler: Es ist gesagt worden, dass das Budget nicht spektakulär sei. Dem widerspricht Stadträtin Y. Beutler. Das Budget ist spektakulär. Das Umfeld ist schwierig. Trotzdem hat der Stadtrat ein ausgeglichenes Budget vorgelegt. Es hat harte Diskussionen gegeben, um dieses Budget auszuarbeiten. Dabei hat sich die Frage gestellt, wo gespart werden soll. Das war mit viel Arbeit verbunden. Es sind bereits zwei Sparprogramme durchgeführt worden. Diese Aufgabe hat die Stadt bewältigt. Darauf kann man stolz sein. Der IAFP zeigt, dass ein Hurrikan auf die Stadt zukommen wird. Für die Bildung muss mit Mehrkosten in der Höhe von rund 10 Millionen gerechnet werden und auch die Sozialausgaben werden weiter wachsen. Das sind Kosten, die von der Stadt bewältigt werden müssen. Es braucht eine neue Regelung für die Sozialkosten. Wenn die Unternehmenssteuerreform III an der Urne angenommen wird, dann wird das für die Stadt Winterthur weitreichende Folgen haben.

Stadträtin Y. Beutler dankt A. Steiner für ihr Votum. Das Budget 2017 wurde nicht nur kritisiert sondern auch gelobt. Der IAFP ist wesentlich verbessert worden. Das wird allgemein anerkannt. Das Budget 2017 ist keine Verschnaufpause sondern ein Anlauf. Vieles ist noch in Bearbeitung, ist aber noch nicht reif und kann dem Gemeinderat noch nicht vorgelegt werden. Die Finanzen der Stadt Winterthur sind aber eine grosse Herausforderung. Ein Hurrikan ist im Anzug. Eine Steuersenkung, wie von S. Büchi gefordert, macht keinen Sinn vor allem bei einem geschätzten Defizit von 60 Millionen. Auch deshalb ist ein Ausgleich der Soziallasten dringend notwendig. Die Interessen von Winterthur müssen bestmöglich vertreten werden. Die Sozialausgaben liegen im Winterthur weit über dem Durchschnitt. Die Gemeinden mit tiefen Soziallasten müssen sich an den Kosten beteiligen. Winterthur zahlt gegenüber dem kantonalen Durchschnitt Jahr für Jahr rund 35 Millionen mehr. Deshalb muss sich die Stadt Winterthur im Interesse der Bevölkerung wehren. Entsprechende Zahlen lassen sich belegen. Es wäre nicht fair, auf der alten Schiene weiterzufahren und zu erklären, dass Winterthur die Probleme selber lösen muss. Stadträtin Y. Beutler weiss nicht, ob bis 2019 eine Lösung gefunden werden kann. Falls die Unternehmenssteuerreform III angenommen wird, muss die Stadt Winterthur erneut mit jährlichen Verlusten in Millionenhöhe rechnen. Diese Verluste müssen abgedeckt werden. In den nächsten Jahren steht für Winterthur viel auf dem Spiel, weil vor allem die Gemeinden verlieren werden. Vom Bund werden die Gemeinden keinen Franken erhalten. An diesen Verlusten ändert auch der Ressourcenausgleich nichts. Winterthur will nur das, was der Stadt zusteht.

Stadträtin Y. Beutler ist froh, dass in Bezug auf die Personalmassnahmen kein Ablehnungsantrag gestellt wird. Die Mitarbeitenden haben viel geleistet. Die Lohnmassnahmen können in Ausnahmefällen ausgesetzt werden. Das Jahr 2017 ist kein Ausnahmefall. Die Stadträtin weiss, wie es den Angestellten geht, wenn Mitarbeitende ausfallen oder Stellen länger vakant bleiben. Es ist nicht leicht mit dem gleichen Personal mehr Arbeit zu bewältigen. Die Stadt hat eine Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitenden. Bevor neue Stellen geschaffen werden, wird jeweils geprüft, ob die Effizienz gesteigert werden kann. Die beantragten Stellen sind notwendig, weil auch die Arbeitsbelastung gewachsen ist. Mit den zusätzlichen Stellen im Departement von Stadtrat N. Galladé sollen die Ausgaben gesenkt werden. Die rechte Ratsseite ist besorgt, dass die Verschuldung weiter ansteigen könnte. Für das Jahr 2017 sind 3 Millionen zusätzliche Verschuldung budgetiert. Auch deshalb ist eine Steuersenkung nicht nachhaltig. Die Verschuldung soll abgebaut werden, durch die Einführung einer Schuldenbremse. Stadträtin Y. Beutler wird die Verschuldung im Auge behalten. Der Stadt stehen schwierige Jahre bevor. Die Finanzvorsteherin ist froh, dass ein ausgeglichenes Budget erreicht werden konnte. Mit einer Steuersenkung würde sich die Verschuldung erneut erhöhen. Das ist nicht nachhaltig. Der Stadtrat will das Defizit abbauen. Dieses Ziel soll mit einer Schuldenbremse erreicht werden. Stadträtin Y. Beutler dankt für die positive Aufnahme des Budgets 2017 und für die Unterstützung durch den Gemeinderat.

Detailberatung

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Als nächstes werden die einzelnen Produktgruppen behandelt.

Departement Kulturelles und Dienste

121000 Personalamt

U. Hofer (FDP): Antrag SVP- und FDP-Fraktion: „Reduktion des Globalkredits um 100'000 Franken: Der gegenüber dem Budget 2016 neu budgetierte Stellenaufbau von total 100'000 Franken in der Produktgruppe 121000 soll gestrichen werden, damit der Gesamtstellenetat und somit das Staatshaushaltsvolumen nicht um die damit einhergehenden Fixkosten ansteigt. Der ausgewiesene Bedarf eines Fachmitarbeiters oder einer Fachmitarbeiterin für die Umsetzung des Personalentwicklungskonzepts soll innerhalb des bestehenden Personaletats und deshalb über eine konform gehende Kompensation erfolgen.“ Wie im Eingangsvotum erwähnt, glauben sowohl die SVP wie auch die FDP hier auf die Schaffung einer Fachstelle für die Umsetzung eines Personalentwicklungskonzepts verzichten zu können. Der Verzicht auf den Ausbau würde das Budget gemäss Auskunft des Stadtrates im Jahr 2017 um 100'000 Franken und im Jahr 2018 und den folgenden Jahren um 150'000 Franken entlasten.

F. Albanese (SVP): Die SVP unterstützt diesen Antrag. F. Albanese weist darauf hin, dass es sich nicht um einen Sparantrag handelt. Der Etat bleibt gleich hoch, wenn diese Stelle nicht geschaffen wird. F. Albanese bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag zuzustimmen.

I. Kuster (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion stellt einen Antrag auf Befristung der Stelle eines Fachmitarbeiters oder einer Fachmitarbeiterin für die Umsetzung des Personalentwicklungskonzepts auf zwei Jahre. Wenn es für die Umsetzung des Personalentwicklungskonzepts eine neue Stelle braucht, so kann davon ausgegangen werden, dass die Stelle nach erfolgreicher Umsetzung nicht mehr gebraucht wird; deshalb soll sie auf zwei Jahre befristet werden. Es geht in diesem Fall nicht nur um Geld sondern um das Personal. Die CVP/EDU-Fraktion stellt deshalb den Antrag, die neu geschaffene Stelle auf zwei Jahre zu befristen. Die Zufriedenheit der Mitarbeitenden ist ein wichtiges Ziel. Der Erfolg soll deshalb überprüft werden. Das Personalamt braucht diese Stelle.

Th. Deutsch (EVP/BDP): Die EVP/BDP-Fraktion lehnt den Antrag der SVP- und FDP-Fraktion ab. Zum Antrag der CVP/EDU-Fraktion, die Stelle auf zwei Jahre zu befristen, kann die EVP/BDP-Fraktion ja sagen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Es ist wichtig, dass gute Leute bei der Stange gehalten werden können und nicht die Stelle wechseln. Für diesen Stellenausbau gibt es fundierte Argumente. In den Personalumfragen schneidet die Stadt vergleichsweise schlecht ab. Für die Entwicklung des Personalentwicklungskonzepts benötigt die Stadt die entsprechenden Ressourcen. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt deshalb den Antrag der SVP- und FDP-Fraktion ab. Auch die Befristung auf zwei Jahre lehnt die Grüne/AL-Fraktion ab. Heute geht es um das Budget 2017.

M. Sorgo (SP): Die SP setzt sich für diese Stelle ein. Die Stelle ist notwendig. Das hat sich im Rahmen der Vorbesprechung gezeigt. Die Zufriedenheit des städtischen Personals ist gesunken. Der beantragte Ausbau um eine Stelle ist notwendig. Die vorhandenen Ressourcen reichen nicht aus, um die neue Stelle zu kompensieren. Für die Entwicklung der Führung ist diese Stelle notwendig. Die SP lehnt den Antrag der SVP- und FDP-Fraktion ab. Auch den Antrag der CVP/EDU-Fraktion lehnt die SP ab. Die Stadt soll gutes Personal halten können.

Die Einarbeitung neuer Mitarbeitenden verursacht hohe Kosten. Die SP stimmt dem Antrag des Stadtrates zu.

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion lehnt den Antrag der SVP- und FDP-Fraktion ab. Sie wird aber der Befristung auf zwei Jahre zustimmen. Das Personalstatut der Stadt Winterthur soll überarbeitet werden. Es ist zu hoffen, dass ein sauberes Personalentwicklungskonzept erstellt werden kann.

D. Berger (Grüne/AL): Die Befristung auf zwei Jahre wird offensichtlich eine Mehrheit erreichen. Das ist ein Novum im Rahmen der Budgetdebatte. Die Befristung scheint in Mode zu kommen. D. Berger lehnt beide Anträge ab.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Gemäss Information des Stadtrates ist diese Stelle wichtig. Sie soll aber auf zwei Jahre befristet werden.

U. Hofer (FDP): Wie im Eingangsvotum erwähnt, glaubt die FDP hier auf die Schaffung einer Fachstelle für die Umsetzung eines Personalentwicklungskonzepts verzichten zu können. Der Verzicht auf den Ausbau würde das Budget gemäss Auskunft des Stadtrates im Jahr 2017 um 100'000 Franken und im Jahr 2018 und den folgenden Jahren um 150'000 Franken entlasten.

Stadtpräsident M. Künzle: Jeder Stellenausbau ist genau geprüft worden. Der Stadtrat kann diesen Ausbau vertreten. Es braucht die Stelle. Man muss die Entwicklung anschauen. Die Personalbefragung hat zudem gezeigt, wo die Stadt steht. Der Stadtrat hat reagiert. Mit dem Personalentwicklungskonzept sollen bessere Perspektiven geschaffen werden. Der Stadtrat hat in der Aufsichtskommission die Zahlen in Bezug auf die Personalentwicklung aufgezeigt. Für die Umsetzung des Personalentwicklungskonzepts braucht das Personalamt diesen Stellenausbau. Das zeigt auch ein Vergleich mit anderen Städten. Für die Entwicklung der Rahmenbedingungen braucht es diese Stelle. Es wäre schön, wenn das Parlament den Antrag unterstützen würde. Mit einer Befristung müsste der Stadtrat allenfalls leben.

Ratspräsidentin Ch. Leupi stellt den Antrag der SVP- und FDP-Fraktion – Reduktion des Globalkredits um 100'000 Franken – dem Antrag der CVP/EDU-Fraktion – Befristung der Stelle Fachmitarbeiterin, Fachmitarbeiter für die Umsetzung des Personalentwicklungskonzepts auf zwei Jahre – gegenüber.

Der Rat stimmt dem Antrag der CVP/EDU-Fraktion mehrheitlich zu.

Ratspräsidentin Ch. Leupi stellt den Antrag des Stadtrates dem Antrag der CVP/EDU-Fraktion gegenüber.

Der Rat stimmt dem Antrag der CVP/EDU-Fraktion mehrheitlich zu. Damit wird die neue Stelle auf zwei Jahre befristet.

142000 Stadtentwicklung

R. Keller (SP): Die SP stellt den Antrag, den Globalkredit um 50'000 Franken zu erhöhen. Die Quartierentwicklung soll mit den zusätzlichen Mitteln in Steig und in weiteren stark belasteten und wenig versorgten Quartieren wie Wülflingen gezielt aktiv werden und den Aufbau und die Sicherstellung der zivilgesellschaftlichen, kleinräumlichen Strukturen fördern. Zudem sollen die freiwillig tätigen Organisationen in ihren Aktivitäten unterstützt werden. In der Quartierentwicklung hat in den letzten Jahren ein Kahlschlag stattgefunden. Das Geld soll aber nicht ausschliesslich in Steig eingesetzt werden. Auch die Belastung in Wülflingen ist teilweise gross. Nach der Entlassung der Fachperson, die für Quartierentwicklungsprojekte in Steig zuständig war, fehlt den Bewohnerinnen und Bewohnern der Steig und in Wülflingen eine städtische Ansprechperson. Es braucht aber eine Stelle, die zwischen der Quartierbe-

völkerung und der Stadt vermitteln kann. Der Antrag wurde in der Aufsichtskommission mit 7 zu 3 Stimmen angenommen.

F. Albanese (SVP): Der gegenüber dem Budget 2016 neu budgetierte Stellenaufbau von total 0,9 Stellen in dieser Produktegruppe soll gestrichen werden. Die SVP-Fraktion stellt deshalb den Antrag das Globalbudget um 119'000 Franken zu kürzen. Statistik: Die eingesetzten Stunden pro Jahr für die Statistik sollen von 650 Stunden auf 450 Stunden reduziert werden, damit der Gesamtstellenetat und somit das Staatshaushaltvolumen nicht um die damit einhergehenden Fixkosten ansteigt. Das ermöglicht Einsparungen in der Höhe von 24'000 Franken. Integrationsförderung: Die SVP beantragt eine Reduktion der Anzahl fachliche Beratung von 70 auf neu 38. Dadurch können 60'000 Franken eingespart werden. Der gegenüber dem Budget 2016 neu budgetierte Stellenaufbau von 0,7 Stellen in der Produktegruppe 142 soll gestrichen werden, damit der Gesamtetat und somit das Staatshaushaltsvolumen nicht um die damit einhergehenden Fixkosten ansteigt. Übersetzungsdienste: Die Anzahl vermittelte Übersetzungsdienste sollen von 2'500 auf 1'800 reduziert werden. Entsprechend soll der Globalkredit um 60'000 Franken gesenkt werden. Die Verschuldung der Stadt muss im Auge behalten werden. Die Stadt muss sparen. Der Gesamtetat und somit das Staatshaushaltvolumen soll nicht um die mit diesem Stellenausbau einhergehenden Fixkosten ansteigen. Vor dem Hintergrund der finanziell trüben Aussichten soll auf Gemeinde- und auf Kantonebene einem nicht zwingend notwendiger Stellenaufbau selbst dann entgegen gewirkt werden, wenn dieser voraussichtlich durch kantonale Beiträge refinanziert werden kann. Die Finanzierung durch den Kanton ist zudem nicht garantiert. Der Etat soll aus diesen Gründen nicht erhöht werden.

U. Hofer (FDP): Statistik: Die FDP kann das Ansinnen der SVP, auch hier einem Stellenausbau entgegenzuwirken durchaus nachvollziehen. Dennoch ist die Fraktion überzeugt, dass gerade in finanziell schwierigen Zeiten alle wichtigen strategischen Entscheidungen auf einer korrekten statistische Analyse basieren sollten; hier auf die Bremse zu treten, könnte somit mehr schaden als nützen. Im Bereich Integration hat Winterthur in letzter Zeit schweizweit Schlagzeilen gemacht. Deshalb soll die Stadt ein Auge darauf haben. Wenn die Stellen zu 100 % refinanziert werden, wie das der Stadtrat glaubhaft versichert, wäre auch hier der falsche Ort, um auf die Bremse zu stehen; zumal mit dem Antrag der FDP auf Befristung den meisten Bedenken der SVP bereits Rechnung getragen werden kann. Ein Wiederabbau der Stellen in Zukunft wäre problemlos möglich. Es bleiben noch die 0,3 Stellen. Dabei betreffen 0,2 Stellen die Fachstelle Statistik. Die FDP ist der Meinung, dass gerade in schwierigen Zeiten Analysen, die auf statistischen Grundlagen beruhen, wichtig sind. Deshalb ist die FDP der Ansicht, dass das der falsche Ort ist, um zu sparen. Weniger Verständnis hat die Mehrheit der Fraktion für den Antrag in Bezug auf die Quartierentwicklung Steig. Es ist wohl allen klar, dass die Sprechung von zusätzlichen Geldern allein, kein Problem beseitigen kann. Es braucht auch einen konkreten Plan und jemanden, der den Plan richtig und mit Herz umsetzt. Im vorliegenden Antrag vermisst die Mehrheit der FDP Fraktion einen Plan sowie auch eine tiefergehende Analyse des Problems. Wichtig ist weiter, dass anscheinend der Empfänger des Geldes (der Stadtrat und die Verwaltung) andere und teilweise vom Antrag abweichende Pläne hat. Jemandem Geld zu sprechen, der das Geld in dieser Form, im heutigen Zeitpunkt und mit diesen Auflagen eigentlich gar nicht will, macht schlicht keinen Sinn. Auch glaubt die FDP dem Stadtrat, dass gemäss seiner, tiefergehenden Analyse weder Wülflingen noch das Steig Quartier zu den akutesten Problemzonen der Stadt gehören. Dass der Antrag die Verwendung der Gelder dennoch geographisch einschränken will, zeigt daher auch, dass hier auch Partikularinteressen und nicht nur die Gesamtinteressen der Stadt verfolgt werden. Gesamthaft vertraut die FDP in die diesbezüglich Analyse des Stadtrates und wird erst dann Gelder sprechen, wenn konkrete Pläne zur Lösung des, allgemeinen stadtweiten Problems vorliegen, was nach Auskunft des Stadtrates erst im Budgetprozess 2018 der Fall sein dürfte. Die FDP stellt zudem den Antrag, die zusätzlichen 0,6 Stellen im Integrationsbereich auf zwei Jahre zu befristen.

A. Steiner (GLP/PP) nimmt als erstes Stellung zum ersten Antrag: U. Hofer hat es angesprochen. Winterthur stand in letzter Zeit im Fokus aufgrund von Problemquartieren. Spannend ist, dass medial gewisse Quartiere ins Zentrum gerückt sind, die nicht zu den schlimmsten Quartieren in der Stadt gehören. Entsprechend unterstützt A. Steiner das Votum von U. Hofer insofern, dass die Stelle nicht auf die Steig, Töss und Wülflingen fokussiert sein soll. Letztendlich sollen mit dieser Stelle drei Personen in den wichtigsten Quartieren, die aktuell im Fokus stehen, tätig sein. Der Bedarf ist tatsächlich recht gut ausgewiesen. In der Vergangenheit hat die GLP/PP-Fraktion immer wieder erklärt, dass in der Quartierentwicklung keine Stellen auf Vorrat geschaffen werden sollen. Die Leute sollen dort eingesetzt werden, wo es wirklich brennt. Jetzt gibt es Quartiere, in denen es nötig ist, zu handeln. Selbstverständlich muss es eine Person sein, die das Feuer und die Fähigkeit besitzt, in diesen Quartieren Impulse zu setzen. Die GLP/PP-Fraktion wird dem Antrag der SP zustimmen. Den Antrag der SVP, den Globalkredit um 119'000 zu reduzieren, wird die GLP/PP-Fraktion nicht unterstützen. Dem Befristungsantrag der FDP wird die GLP/PP-Fraktion zustimmen. Insbesondere weil die Gelder von Seiten des Kantons befristet sind. Integrationsförderung: Die GLP/PP-Fraktion hat festgestellt, dass im Moment wahrscheinlich in jedem zweiten Departement Integrationsförderung gemacht wird. Deshalb hat die Übersichtlichkeit ein wenig gelitten. An dieser Stelle will die Fraktion dem Stadtrat den Tipp geben, wenn in Zukunft diese Stellen rechtzeitig und gezielt gesichert werden sollen, müsste man sich einen Überblick darüber verschaffen, wo Integrationsförderung gemacht wird und wo Synergien allenfalls besser genutzt werden können, indem gewisse Produktgruppen in einem anderen Departement angesiedelt werden. Damit könnten die Wege klarer aufgezeigt und die Effizienz kann gesteigert werden.

Th. Deutsch (EVP/BDP): In der Stadt Winterthur gibt es einige Hotspots. Der Stadtrat ist sich dessen bewusst und fokussiert sich auf diese Quartiere. Wie bereits im IAFP angesprochen, ist ab 2018 für die Quartierentwicklung mehr Personal vorgesehen. Das ist dringend notwendig. In den letzten Jahren wurde das Budget für die Quartierentwicklung substantiell gekürzt. Dabei wurde leider von der bürgerlichen Seite stark übertrieben. Es ist nicht so, dass diese Stellen nur für die Steig geschaffen werden soll. Es geht darum, dass in diesem Bereich mehr Personal arbeiten kann. Damit können die Problemquartiere, wo immer diese sind, besser kontrolliert werden. Die EVP/BDP-Fraktion freut sich, dass der Stadtrat das ebenfalls so sieht. Die Fraktion ist aber der Ansicht, dass diese Ressourcen in Anbetracht der Umstände in diesen Quartieren benötigt werden und unterstützt den Antrag das Budget zu erhöhen. Diese 50'000 Franken sind gut investiertes Geld. Mit dem Aufbau und der Sicherstellung dieser Arbeit können die Quartierstrukturen gefördert werden. Die freiwillig tätigen Organisationen können damit unterstützt werden. Zu den Anträgen 2 und 3: Die Statistik der vergangenen Jahre zeigt, dass leider zu stark gespart wurde. Deshalb lehnt die EVP/BDP-Fraktion den Antrag der SVP ab. Auch die Stelle im Integrationsbereich und damit den Antrag der FDP lehnt die EVP/BDP-Fraktion ab. Es ist zwar richtig, dass die Gelder, mit denen diese Stelle refinanziert wird, befristet sind. Es ist dem Stadtrat aber zuzutrauen, dass er, wenn die Gelder nicht mehr fliessen, die Situation prüft und allenfalls diese Stelle wieder abschafft.

R. Keller (SP): Zu den Partikularinteressen: Es ist nicht die Meinung, dass einfach in der Steig und in Wülflingen eine Person eingesetzt wird, die dort wohnt und nur mit dem Quartier zu tun hat. Die Stadtentwicklung hat klar gesagt, dass sie durchaus in der Lage ist, die Probleme in der Stadt wahrzunehmen und die wenigen Ressourcen, die zur Verfügung stehen, gezielt einzusetzen. Die SP ist der Meinung, dass es im Moment wichtig ist, diese in der Steig oder in Wülflingen einzusetzen. Die beiden anderen Anträge lehnt die SP-Fraktion ab. Das Parlament verursacht für die Statistiker ebenfalls recht viel Arbeit. Man könnte auch sagen, dass die Ratsmitglieder keine statistischen Auswertungen mehr verlangen sollen. Es hat sich gezeigt, dass die geforderte Leistung nicht mit den vorhandenen Stellen erbracht werden kann. Zuerst müssen die Antragssteller sagen was sie wollen. Soll zum Beispiel das Sozial-Monitoring eingestellt werden? Man kann nicht einfach eine Stelle streichen ohne konkrete Vorschläge. Das geht nicht. Die Mitarbeitenden können das nicht leisten. Die gefor-

derte Leistung konnte nicht erbracht werden. Zu den anderen Stellen ist bereits vieles gesagt worden. Diese sind zum grossen Teil vom Kanton finanziert. Die Stadt kann ebenfalls einen Beitrag leisten, damit eine gute Integrationspolitik möglich wird. Der Integrationsdelegierte ist auch aufgrund von radikalisierten Bewegungen mit vielen Leuten in Kontakt und führt einen Dialog. Übersetzungen: Auch das ist ein Blödsinn. Der Übersetzungsdienst ist vor allem Stadtintern tätig. Wenn weniger Ressourcen zur Verfügung stehen, muss das Schul- und Sportdepartement die Übersetzungen extern einkaufen. Das ist auch keine gute Lösung. Man muss auch die Konsequenzen mit einbeziehen, wenn Geld gestrichen wird. Den Vorschlag der SVP findet R. Keller sehr ungünstig, weil dadurch höhere Kosten entstehen können.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Zum Kommissionsantrag der SP hat R. Keller bereits alles gesagt. Zusammenfassend weist Ch. Griesser darauf hin, dass der Nettoglobalkredit für die Quartierentwicklung in den Jahren 2012/2013 bei 2,3 Millionen lag. Danach wurde das Budget um einen Drittel gekürzt. Damals hat die Grüne/AL-Fraktion gegen die Kürzung gestimmt, die das Parlament zusätzlich vorgenommen hat. Folgerichtig stimmt die Fraktion dieser Erhöhung um 50'000 Franken zu. Zur Integrationsförderung gibt es anzumerken, dass diese Stellen zum grossen Teil refinanziert sind. Die Nettokosten des Globalkredits sind zwar höher als im Budget 2016 aber immerhin 28'000 Franken tiefer als in der Rechnung 2015. Auch in der Rechnung 2014 waren die Kosten 22'000 Franken höher und in der Rechnung 2013 sogar noch höher. Ch. Griesser versteht die Unzufriedenheit der SVP nicht ganz. Bezüglich der Statistik ist die Grüne/AL-Fraktion der Meinung, dass die 0,2 Stellen ausgewiesen sind und verzichtet auf die Befristung.

F. Helg (FDP): Nimmt zum Antrag der SP Stellung, den Globalkredit für die Quartierentwicklung um 50'000 Franken zu erhöhen – als Vertreter aus Töss und als Vertreter der Fraktionsminderheit. In der Antwort zur Interpellation 2016.58, Steig – ein Problemquartier steht, dass es in der Steig keine besonderen Auffälligkeiten gibt. Das ist doch etwas vordergründig gesehen. Der Befund ist aber doch so, dass es Anzeichen zu Parallelgesellschaften im Quartier Steig gibt und womöglich auch an anderen Orten. Es ist hinlänglich bekannt, dass solche Entwicklungen früher oder später zu Problemlagen führen, die dann nur noch mit Mühe und Not und voraussichtlich mit erheblich grösserem Aufwand beseitigt werden können, als man jetzt präventiv verhindern kann. Alle wollen nicht, dass es faktisch fremdländische Enklaven in Winterthur gibt. Deshalb braucht es einen Anschub, der im Übrigen bescheiden ist. Zusätzlich zum unmittelbaren Nutzen kann ein Zeichen gesetzt werden, dass man diese Problemlage ernst nimmt.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Es handelt sich um eine Stelle, die vom Kanton finanziert werden soll. Es ist schön, dass sich der Kanton an den Sozialkosten der Stadt beteiligt. Deshalb macht es Sinn dieser Erhöhung zuzustimmen. Es macht ebenfalls Sinn, der Befristung zuzustimmen. Nach zwei Jahren muss überprüft werden, ob der Kanton dabei bleibt oder sich zurückzieht. In der Fraktion ist lange diskutiert worden und das Dafür und Dagegen abgewogen worden. Im Prinzip ist bei der Stadtentwicklung vieles gestrichen worden. Das war vor zwei Jahren. Man hat in Hegi die Erfahrung gemacht, dass eher zu viel gemacht worden ist. Es gibt Quartiere, in denen es besser läuft und solche in denen es schlechter läuft. Jetzt muss man sich an das richtige Mass herantasten. Von daher sieht es so aus, als ob die Ressourcen nicht ausreichen, um alles abzudecken. Das zeigen die Quartiere Mattenbach und vor allem die Steig, die jetzt im Fokus ist. Es macht Sinn, dass vor allem in Steig, auch wenn es noch nicht so schlimm ist, die Stadt das Heft in die Hand nimmt und dafür sorgt, dass eine gute Richtung eingeschlagen werden kann. Das soll nicht irgendwelchen dubiosen Organisationen überlassen werden. Deshalb spricht sich M. Wäckerlin ausnahmsweise für diese Mehrausgaben aus. Die anderen Stellenprozente werden für die Statistik benötigt. Stadtpräsident M. Künzle hat überzeugend dargelegt, dass das Sinn macht. Wenn man sparen muss, braucht es Zahlen auf die man sich abstützen kann. Deshalb wird M. Wäckerlin für einmal von seinem Kurs abweichen.

Stadtpräsident M. Künzle: Es ist für den Winterthurer Stadtrat in diesen Zeiten eine Besonderheit, wenn mehr erhält als beantragt worden ist. Die Quartierentwicklung Töss würde mit Handkuss diese 50'000 Franken annehmen – sofort. Stadtpräsident M. Künzle trägt zwei Hüte. Er ist auf der einen Seite Departementsvorsteher und ist für die Stadtentwicklung und die Quartierentwicklung verantwortlich. Deshalb würde er das Geld gerne nehmen. Gerade wenn man die Geschichte anschaut. In den letzten zwei bis drei Jahren ist massiv gestrichen worden. Auf der anderen Seite trägt Stadtpräsident M. Künzle den grösseren Hut des Stadtrates, der über alles die Budgetweisung erstellt hat. Er hat diskutiert, wo die Kräfte eingesetzt und wo Anträge gestellt werden sollen. Deshalb erklärt der Stadtpräsident, dass der Stadtrat eine ausgewogene Weisung dem Parlament vorgelegt hat. Der Gesamtstadtrat kann dahinter stehen. Deshalb macht Stadtpräsident M. Künzle keine Freudentänze – vielleicht aber innerlich. Was die Steig betrifft: Es wird über das Quartier diskutiert und zudem kursieren Gerüchte. Der Stadtrat behält die Situation im Auge. Aber Sodom und Gomorra gibt es in der Steig bei weitem nicht. Es ist auch kein Molenbeek – nichts von all dem. Das Quartier funktioniert. Aber es ist richtig genau hinzuschauen, damit keine Parallelgesellschaft entstehen kann. Nur schon geografisch ist Steig abgetrennt. Aber der Stadtrat ist dran. Er schaut hin. Im Quartier gibt es eine Freizeitanlage, die der Stadtrat zur Diskussion stellen will. Es handelt sich um eine Infrastruktur, zu der Sorge getragen werden muss. In nächster Zeit wird die Stadt Hand anlegen müssen. soviel zur Steig.

Integration: In den letzten zwei Jahren haben alle miterlebt, wie die Stadt Winterthur sich mit Themen wie Dschihadismus befassen musste. Auch Flüchtlinge waren ein Thema. Es liegt in der Verantwortung aller, den sozialen Frieden zu wahren in der Stadt. In diesem urbanen Zentrum kommen viele Völker, Religionen, Ethnien und Meinungen zusammen. Das wichtigste ist, dass der soziale Friede gewahrt werden kann, vor allem in diesen Zeiten, in denen es so wichtig ist, dass man im Bereich Integration mehr Arbeit leistet. Die Flüchtlinge werden zu 90 % in der Schweiz bleiben, das ist bekannt. Je besser die Integration funktioniert, desto weniger Kosten muss die Stadt später tragen, wenn sie befähigt werden können, in dieser Gesellschaft zu leben, zu wohnen und zu arbeiten. Mit dieser Geschichte und mit dieser Zukunft kann man nur zum Schluss kommen, dass die Integrationsstellen bewilligt werden sollen. Das gilt vor allem auch für das Thema Übersetzung. Soll im September damit Schluss sein, wenn das Kontingent erreicht ist? Stadtpräsident M. Künzle weiss aber nicht, wie das DSS und das DSO zu den notwendigen Übersetzungen kommen sollen. Über die Statistik hat der Stadtpräsident bereits in der Kommission gesprochen. Je weniger Ressourcen zur Verfügung stehen, desto wichtiger ist die Erhebung von Kennzahlen, damit über diese Kennzahlen die wenigen Ressourcen, die zur Verfügung stehen, richtig eingesetzt werden. Das betont der Stadtpräsident erneut. Deshalb ist er froh, wenn das Parlament diese Statistikstellen bewilligt. Er dankt der FDP-Fraktion für den Kompromissantrag. Mit einer Befristung kann der Stadtrat leben. Es ist besser, wenn in den nächsten zwei Jahren mit den beantragten Stellen gearbeitet werden kann, als eine völlige Ablehnung.

Ratspräsidentin Ch. Leupi lässt einzeln über die Anträge abstimmen. Antrag SP: Erhöhung des Globalkredits um 50'000 Franken im Produkt 3 Quartierentwicklung.

Der Rat stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

Ratspräsidentin Ch. Leupi lässt über den Antrag der SVP abstimmen – Reduktion des Globalkredits um 119'000 Franken.

Der Rat lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

Ratspräsidentin Ch. Leupi lässt über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen – Befristung der Stellen auf zwei Jahre.

Der Rat stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Damit hat der Gemeinderat der Produktegruppe mit einem neuen Globalkredit von 3'309'285 Franken entsprochen mit einer befristeten Stelle auf zwei Jahre.

152000 Theater Winterthur: Keine Anträge, damit hat der Gemeinderat dieser Produktegruppe zugestimmt.

155000 Winterthurer Bibliotheken: Keine Anträge, damit hat der Gemeinderat dieser Produktegruppe zugestimmt.

157000 Subventionsverträge und Beiträge an Dritte: Keine Anträge, damit hat der Gemeinderat dieser Produktegruppe zugestimmt.

158000 Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten: Keine Anträge, damit hat der Gemeinderat dieser Produktegruppe zugestimmt.

170000 Rechtspflege: Keine Anträge, damit hat der Gemeinderat dieser Produktegruppe zugestimmt.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Damit ist das Departement Kulturelles und Dienste abgenommen.

Departement Finanzen

221000 Finanzamt: Keine Anträge, damit hat der Gemeinderat dieser Produktegruppe zugestimmt.

222000 Informatikdienste

U. Hofer (FDP): Antrag FDP: Kürzung des Globalkredits um 220'000 Franken, zwei zusätzliche Stellen sollen nicht aufgebaut werden. Wie im Eingangsvotum bereits angedeutet, ist dies einer der Bereiche, wo die FDP der Schaffung zusätzlicher Stellen kritisch gegenübersteht; und zwar - wie erwähnt - primär aus finanzpolitischen Überlegungen. Etwa drei Stellen stellt die Fraktion in Frage bei einem Aufbau von 40 Stellen. Diese Forderung ist wirklich mässig. U. Hofer befürchtet, dass in den Voten, die gegen diesen Antrag sprechen, viel darüber zu hören sein wird, wie wichtig die Stellen für den Parallelbetrieb des Portals und dessen Stabilität sind und wie wichtig die Stelle eines Netzwerkspezialisten zur Sicherstellung des umfassenden Netzbetriebes ist. Es wird sicher auch viel über Cyber-Kriminalität gesprochen werden etc. Etwas seltsam ist, dass die gleichen Leute sonst nicht müde werden zu betonen, dass der Gemeinderat nur über die parlamentarischen Zielvorgaben und den Globalkredit bestimmen können, jedoch nicht darüber, was man damit macht. Das Parlament kann nicht bestimmen, was damit gemacht wird. Wenn diese Themen wirklich derart wichtig sind, sollten die gewährten Personalkosten von 9,1 Millionen und die bereits existierenden 56 Stellen mehr als genügen, um diese Anliegen und Themen vollumfänglich abzudecken. Was es natürlich braucht, ist eine Priorisierung und unter Umständen die vorübergehende Zurückstellung gewisser anderer, weniger prioritärer Themen zu Gunsten der Erledigung dieser neuen bzw. zusätzlichen Aufgaben. Mit der neuen IT-Strategie, ist dies zwar eine schwierige, jedoch machbare Aufgabe. Daher ist unser Antrag nicht als Antrag gegen einen Netzwerkspezialisten und nicht als Antrag gegen die Netzwerksicherheit der Stadt zu verstehen, sondern als Auftrag, zum Wohle der angesprochenen Finanzen der Stadt Winterthur mit den bestehenden (bzw. den doch immerhin um 0.6 Stellen erhöhten) Mitteln noch klarere Prioritäten in der IT-Strategie zu setzen.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion sieht ein, wofür diese zwei Stellen benötigt werden. Sie ist aber wie die FDP der Meinung, dass man sie aus dem bestehenden Pool von

ca. 56 Personen entsprechend besetzen müsste. Diese Stellen sind zwar notwendig. Das ist ausgewiesen. Man müsste aber die entsprechenden Priorisierungen innerhalb der IDW vornehmen. Wichtig ist dabei vor allem die Netzwerksicherheit. Entsprechend wird die GLP/PP-Fraktion dem Antrag der FDP zustimmen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL lehnt den Antrag der FDP ab. Worum geht es? Es geht um zusätzliche Aufgaben, nämlich um den Ersatz von Windows 7 und voraussichtlich Windows 10. Es geht um die Ablösung von alten Homepages, das sind ca. 60 bis 70 Stück, die integriert werden müssen in den neuen Medienauftritt. Es ist auch so, dass der Netzbetrieb immer wieder zusätzliche Aufgaben übernehmen muss. Aus diesen Gründen besteht ebenfalls ein zusätzlicher Bedarf. Zudem wird teilweise das Angebot ausgebaut. Diese Angebotsausweitung ist innerhalb der Grüne/AL-Fraktion nicht unumstritten. Ch. Griesser ist aber der Ansicht, dass die Einwohner erwarten, dass die Stadt in Bezug auf die EDV zeitgemässe Angebote zur Verfügung stellt. Letztlich ist das auch eine Frage der Standortvorteile beziehungsweise Nachteile. Man muss im Weiteren sehen, dass der Rationalisierungseffekt in der Informatik immer kleiner wird. Wenn man zusätzliche Leistungen erwartet, braucht es zusätzliche Stellen. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt den Antrag der FDP ab. Es ist fraglich, dass ausgerechnet die FDP, die immer wieder die Rückständigkeit in Bezug auf die Digitalisierung moniert, diesen Antrag stellt.

Th. Deutsch (EVP/BDP): Über den Sinn dieser Stellen muss nicht mehr viel gesagt werden. Der Antragsteller der FDP hat die Berechtigung dieser Stellen nicht in Frage gestellt. Es ist vom Stadtrat glaubwürdig und klar dargelegt worden, dass es diese zusätzlichen Ressourcen braucht. Es ist daher aus der Sicht der EVP/BDP-Fraktion falsch, diese beiden Stellen nicht aufzubauen.

M. Sorgo (SP) kann sich den beiden Vorrednern anschliessen. Es ist recht spannend, dass die FDP, die sonst immer von Innovation und Unterstützung der KMU spricht, jetzt im Bereich der Informatik keinen Ausbau will, während der übrige Teil der Schweiz, man kann auch sagen der Welt, von nichts anderem mehr spricht als von Digitalisierung. Die IDW ist sehr schlank aufgestellt. Das zeigt auch der Benchmark. Es ist einfach, zu sagen, man muss innerhalb der 56 Angestellten prüfen, wie die neuen Aufgaben erfüllt werden können. Das greift aber zu kurz. Es zeigt sich einmal mehr, dass die Bereiche der Stadtverwaltung häufig sehr schlank aufgestellt sind. Deshalb kann man nicht einfach priorisieren. Wenn die Stadt hier spart, wird sich Winterthur über kurz oder lang Standortnachteile einhandeln. In Zukunft wird vieles, vor allem in der Stadtverwaltung, One-line laufen. Die Bürgerinnen und Bürger aber auch die KMU und die grösseren Unternehmen, die sich in Winterthur ansiedeln wollen, werden froh sein, wenn sie gewisse Aufgaben One-line erledigen können. Der zweite Teil betrifft die Sicherheit. Es ist sicher allen bewusst, dass Sicherheit die wichtigste Aufgabe ist, die der Gemeinderat und die Stadt aufrechterhalten müssen. Cyber-Kriminalität wird in Zukunft noch viel mehr zunehmen. Das wird die Stadt noch lange beschäftigen. Es ist erstaunlich, dass von der rechten Seite der Antrag auf einen Stellenaufbau abgelehnt wird. Man hört bereits jetzt, dass grössere Unternehmen immer wieder Opfer von virtuellen Angriffen werden, gegen die sie sich schützen müssen. Wenn ein virtueller Angriff gelingt, wird die Stadtverwaltung für mehrere Tage lahm gelegt. Das wird die Stadt viel mehr kosten, als die beantragten Stellen. Deshalb lehnt die SP diesen Antrag ab.

F. Künzler (SP): Es ist merkwürdig, dass U. Hofer erklärt, dass der Stellenpool der IDW genügend gross ist. Es geht um ausgewiesene Sicherheitsspezialisten für Netzwerke. Die Argumentation ist etwa die gleiche, wie wenn man sagen würde, man braucht nicht mehr Feuerwehrleute, weil genügend Personal bei der Polizei arbeitet. Die Argumentation ist etwa gleich absurd, wenn man sagt, dass genügend Personen in der Informatikabteilung arbeiten. Sicherheitsspezialisten im Netzwerkbereich sind wirklich Spezialisten. Ein Informatiker kann entsprechende Aufgaben nicht automatisch übernehmen. Es handelt sich um unterschiedliche Aufgaben. Es kommt hinzu, dass diese Spezialisten enorm viele Möglichkeiten haben. Wenn jemand willens ist bei der Stadt zu arbeiten, sollen durch den Gemeinderat keine zu-

sätzlichen Hürden aufgebaut werden indem die Stellen abgelehnt werden. Wenn man die Stellen jetzt bewilligt, kann bereits die Hälfte durch den Rotationsgewinn eingespart werden. Diese Spezialisten nur schwer zu finden.

Stadträtin Y. Beutler: Freundlicherweise hat U. Hofer bereits die Argumente verlesen. Er hat sie aber dazu verwendet, zu erklären, dass diese Stellen nicht geschaffen werden sollen. Diese Stellen braucht es. Stadträtin Y. Beutler zeigt anhand einer Folie den Bench-Mark in der Informatik. Darauf werden die Kosten aufgezeigt für die Informatik der Stadt Winterthur und die Anzahl Benutzer und Bewohner. Die Stadträtin kann dem Gemeinderat nicht sagen, welche Unternehmen verglichen worden sind. Der AK gegenüber ist das offengelegt worden. Es handelt sich aber um sehr grosse Firmen aus der Industrie auch um Firmen auf dem Platz Winterthur, um Medienunternehmen und zwar um die grössten Medienunternehmen. Zudem wurden die Verwaltungen anderer Städte, Kantone und grosse Finanzdienstleister in den Vergleich einbezogen. Die IDW ist bereits jetzt viel zu knapp aufgestellt. Die Stadt Winterthur hat das Glück, dass der Betrieb mit dem bestehenden Personal überhaupt aufrechterhalten werden kann. Das ist aber nicht gesund. Den anderen Beteiligten des Bench-Marks wird explizit davon abgeraten, sich an Winterthur zu orientieren, weil das nicht sicher ist. Jetzt beantragen die IDW 2,6 Stellen mehr. Wofür werden diese Stellen benötigt? Die wichtigste Stelle ist diejenige des Netzwerkspezialisten. Der Gemeinderat hat dem Stellenausbau bei der Polizei zugestimmt. Das ist gut. Ein grosser Teil der Kriminalität spielt sich aber auch im Internet ab – ein Beispiel ist die Erpressung. Deutsche Städte sind bereits erpresst worden, Kulturunternehmen mussten die eigenen Daten freikaufen. Hier spielt sich die Kriminalität ebenfalls ab. Die Stadt muss gewappnet sein. Es handelt sich um die Stelle eines Cyber-Polizisten, die geschaffen werden muss, damit die Stadt garantieren kann, dass die Daten sicher sind. Die Stadt Winterthur musste in der Vergangenheit unglaublich viele Hackerangriffe abwehren, dieses Jahr sind es dreimal mehr als in den vergangenen Jahren. Man kann es sich nicht vorstellen, wie fit die Mitarbeitenden der IDW sein müssen, damit die Angriffe abgewehrt werden können. Es handelt sich um höchst sensible Daten. Die Daten der FINMA unterliegen höchstem Schutz. Diese Daten müssen geschützt werden. Damit die Daten geschützt werden können, benötigt die Stadt das entsprechende Personal. Nur so kann das Netzwerk sicher aufrechterhalten werden. Wer hier spart sollte sich dazu bekennen – das wäre ein Antrag auf Namensaufruf. An dieser Stellen zu sparen, ist fahrlässig. Der Landbote hat einen Antrag gestellt für ein Interview in dem es um Cyber-Kriminalität geht. Die Stadträtin ist froh, dass der Artikel nicht vor der Ratssitzung veröffentlicht worden ist, weil es sonst geheissen hätte, die Stadt habe ihn in Auftrag gegeben. Cyber-Kriminalität ist aber ein Thema und die Frage, was die Stadt Winterthur in diesem Bereich unternimmt. Darum geht es bei diesem Stellenausbau zum grossen Teil.

Der andere Teil, den die Stellen ebenfalls abdecken müssen, betrifft das Mengenwachstum, das die IDW zu bewältigen haben. Der Gemeinderat hat der ICT-Infrastruktur an Primarschulen zugestimmt. Das sind unglaublich viele E-Mailkonten, die zusätzlich unterhalten werden müssen. Das bedeutet, dass sehr viel mehr an das Netzwerk angeschlossen ist. Das Netzwerk ist das zentrale Nervensystem der Stadt. Wenn das Netzwerk nicht mehr funktioniert, liegt die Stadt flach, das würde Winterthur sehr teuer zu stehen kommen. Stadträtin Y. Beutler appelliert an die Ratsmitglieder. Diese Stelle ist notwendig, damit die Sicherheit des Betriebs und die Sicherheit der Daten gewährleistet werden können. Im Weiteren sollen zweimal 0,8 Stellen geschaffen werden. Beide Stellen stehen im Zusammenhang mit dem Parallelbetrieb des Portals, der nach wie vor notwendig ist. Weil das neue Internet noch nicht aufgeschaltet ist, kann das alte noch nicht abgeschaltet werden. Es ist gesagt worden, dass priorisiert werden muss. Stadträtin Y. Beutler kann genau sagen, was sie per 1. Januar 2017 abstellen würde, wenn sie priorisieren müsste. Die Winterthurer Bevölkerung würde kaum viel merken, wenn das Extranet für den Gemeinderat nicht mehr funktionieren würde. Stadträtin Y. Beutler muss ihre Aufgaben erfüllen. Es sind zusätzliche Aufgaben zu bewältigen und dazu benötigt die Stadt die entsprechenden Leute, um diese Aufgaben zu erledigen. Der Gemeinderat kann nicht immer noch mehr Forderungen stellen. F. Künzler ist ein Fachmann und hat die entsprechenden Argumente vorgebracht. Man kann keinen Gärtner anstellen um ein Knie zu operieren obwohl beide am Kantonsspital arbeiten. Für unterschiedliche

Jobs braucht es unterschiedliche Leute mit unterschiedlichen Ausbildungen. Im Moment wird der Betrieb mit sehr wenigen Leuten aufrechterhalten. Andernfalls würde die Stadt nicht so gut dastehen. Stadträtin Y. Beutler bittet die Ratsmitglieder, sich die Werte anzuschauen. Die IDW sind eine schlanke Organisation. Die anderen 0,8 Stellen werden benötigt, damit Winterthur zumindest ein wenig an der Zukunft teilhaben kann und betrifft E-Government. Das ist die Zukunft für die Kommunikation zwischen den Winterthurnern und der Stadtverwaltung. Das zeigen die Beispiele im Kanton Zürich und in der ganzen Schweiz. Es gibt tolle Projekte, mit denen bereits heute gute Dienstleistungen für die Bevölkerung geboten werden können. Das sind alles Gründe, die nachvollziehbar sind. Die Stadt muss doch den Anschluss behalten, damit sie nicht mit einer alten Homepage vorlieb nehmen muss, weil kein Geld vorhanden ist, um sie zu ersetzen. Smart City – all das ist die Zukunft. Winterthur muss doch an dieser Zukunft teilhaben können. Deshalb braucht es diese Stellen damit die Stadt diese Aufgaben erfüllen kann.

D. Oswald (SVP) persönliche Erklärung: Es ist klar, Informatik ist nicht gleich Informatik. Das Gebiet ist sehr vielfältig. Es ist aber möglich im ganzen Stellenpool die neuen Stellen zu schaffen. Das ist die Meinung der SVP. Schlussendlich muss man an dieser Stelle festhalten, dass die Stadtverwaltung in den Superblock gezogen ist, damit müssen nicht mehr 20 einzelne Gebäude betreut werden. Jetzt muss niemand behaupten, dass es keine wesentlichen Verbesserungen möglich sind – gerade in der Informatik. Der Aufwand ist jetzt sicher kleiner. In der Informatik hat kein Abbau stattgefunden. Damit können diese Funktionen wahrgenommen werden. Durch die natürliche Fluktuation können die entsprechenden Leute angestellt werden.

R. Keller (SVP) persönliche Erklärung: R. Keller ist nicht sicher, ob Stadträtin Y. Beutler einen Ordnungsantrag auf Abstimmung mit Namensaufruf stellen kann. Ist der Gemeinderat oder der Stadtrat zuständig? Die Jammerstunde nützt zudem gar nichts.

F. Künzler (SP) persönliche Erklärung: F. Künzler stellt den Antrag auf Namensaufruf. Die SVP will immer mehr Polizisten, immer mehr Sicherheit. 2014 waren in der Firma von F. Künzler 110 GB Attacken zu verzeichnen. Die neusten Angriffe betragen bereits über ein TB – das innerhalb von 2 Jahren. Die Cyber-Angriffe und Erpressungen explodieren. Jetzt soll am falschen Ort gespart werden. Zwei Polizisten, die nicht an der Front sind, sollen diese Cyber-Security übernehmen. Damit wäre vielen geholfen.

R. Diener (Grüne/AL) persönliche Erklärung: R. Diener ist absolut erschütternd über den Antrag, die beiden Stellen zu streichen. Es geht R. Diener wie Stadträtin Y. Beutler. Er ist fassungslos. Das ist nicht zu verstehen. Er ist selber in dieser Branche tätig und ist nicht daran interessiert, jemandem einen Job zu verschaffen. Es geht um die Sache. R. Diener weiss was es heisst, entsprechende Projekte durchzuziehen und er kennt diese Art von Problemen. Das ist eine aufwändige Arbeit und lässt sich nicht wegdiskutieren. Die Stadt ist daran eine Infrastruktur aufzubauen für die Zukunft – von E-Government bis zu Leistungen, die der Bevölkerung dienen. Wenn die Stadt Winterthur das nicht bieten kann, verliert sie wesentlich mehr als diese gut investierten Kosten. R. Diener bittet die Ratsmitglieder, den Antrag der FDP nicht zu unterstützen.

U. Hofer (FDP) persönliche Erklärung: Soweit das U. Hofer bekannt ist, wird die inhaltliche Diskussion geführt bevor sich die zuständige Departementsvorsteherin dazu äussert. Danach sollten keine persönlichen Erklärungen abgegeben werden. Jetzt muss auch die FDP mithalten. Die Ordnungsanträge sollten vom Gemeinderat ausgehen. Es ist speziell, dass das heute nicht der Fall ist. U. Hofer hat aber nichts gegen den Ordnungsantrag. Er kann damit nachlesen, wer etwas gegen die desolate Finanzlage der Stadt unternehmen will und wer nicht.

Stadträtin Y. Beutler hat nicht gesagt, dass sie einen Ordnungsantrag stellt, sondern wenn sie einen Ordnungsantrag stellen könnte, wäre das ein Antrag, den sie stellen würde.

Ratspräsidentin Ch. Leupi lässt über den Ordnungsantrag auf Namensaufruf abstimmen.
Es müssen 20 Ratsmitglieder zustimmen.

Der Rat 25 Personen unterstützen den Antrag.

Ratspräsidentin Ch. Leupi lässt über den Antrag abstimmen, den Globalkredit der Informatikdienste Winterthur um 220'000 Franken zu kürzen.

	Ja	Nein		Ja	Nein
Christoph Baumann (SP)		X	Stefan Feer (FDP)	X	
Bea Helbling-Wehrli (SP)		X	Felix Helg (FDP)	X	
Roland Kappeler (SP)		X	Urs Hofer (FDP)	X	
Regula Keller (SP)		X	Thomas Leemann (FDP)	X	
Betty Konyo Schwerzmann (SP)		X	Christoph Magnusson (FDP)	X	
Fredy Künzler (SP)		X	David Schneider (FDP)	---	---
Felix Landolt (SP)		X	Markus Wenger (FDP)	X	
Christa Meier (SP)		X	Katrin Cometta-Müller (GLP)	X	
Ursina Meier (SP)		X	Rahel Comfort (GLP)	X	
Silvana Näf (SP)		X	Silvia Gygax-Matter (GLP)	X	
Maria Sorgo (SP)		X	Markus Nater (GLP)	X	
Markus Steiner (SP)		X	Annetta Steiner (GLP)	X	
Silvio Stierli (SP)		X	Martin Zehnder (GLP)	X	
Gabriela Stritt (SP)		X	Michael Zeuglin (GLP)	X	
B. Zäch (SP)		X	Marc Wäckerlin (PP)	X	
Franco Albanese (SVP)	X		Jürg Altwegg (Grüne)		X
Simon Büchi (SVP)	X		Reto Diener (Grüne)		X
Gabi Gisler-Burri (SVP)	X		Renate Dürr-Ziehli (Grüne)		X
Matthias Gubler (SVP)	X		Christian Griesser (Grüne)		X
Michael Gross (SVP)	X		Doris Hofstetter (Grüne)		X
Hansrudolf Hofer (SVP)	X		David Berger (AL)		X
Rolando Keller (SVP)	X		Katrin Gander (AL)		X
Chantal Leupi (SVP)	---	---	Lilian Banholzer (EVP)		X
Urs Obrist (SVP)	X		Michael Bänninger (EVP)		X
Daniel Oswald (SVP)	X		Thomas Deutsch (EVP)		X
Pacsal Rütsche (SVP)	X		Barbara Huizinga-Kauer (EVP)		X
Doris Steiner (SVP)	X		Klaus Brand (CVP)	X	
Werner Steiner (SVP)	X		Andreas Geering (CVP)	X	

Marcel Trieb (SVP)	X		Iris Kuster (CVP)	X	
Zeno Dähler(EDU)	X				
Yvonne Gruber (BDP)		X			

Der Rat stimmt mit 31 Ja zu 27 Nein der Kürzung zu. Der Gemeinderat hat damit dem geänderten Globalkredit in der Höhe 907'527 Franken zugestimmt. Damit ist die Produktegruppe IDW abgenommen.

233000 Steuerbezug

U. Hofer (FDP): Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, die neuen Stellen auf 2 Jahre zu befristen. Die FDP ist generell für eine Befristung. Es ist ein weit verbreitetes Vorgehen, gewisse neu zu schaffende Stellen mit dem Versprechen zu begründen, dass dadurch im Endeffekt ein Mehrertrag realisiert werden kann. Dies ist auch hier der Fall und ist grundsätzlich ein positiver Ansatz. Und natürlich würde die FDP vollumfänglich hinter der neuen Stelle stehen, wenn dies auch wirklich zutreffen würde. Grundsätzlich zeigt die Erfahrung, dass nach der Schaffung einer neuen Stelle, nie wirklich eine Analyse folgt, ob das erwünschte Ziel auch tatsächlich erreicht wurde. Die neue Stelle perpetuiert und rechtfertigt sich quasi selbst. Die beantragte Befristung zwingt quasi zu einer solchen Analyse nach spätestens zwei Jahren. Die FDP würde zwar auch Hand bieten, zu einer längeren Befristung: das aktuelle Personalstatut lässt hierfür jedoch keinen Raum. Wohlgemerkt: die FDP Fraktion ist keineswegs gegen eine Überführung in eine unbefristete Stelle, wenn die Ziele erreicht werden. Dies müsste eigentlich auch ein sinnvoller und nachvollziehbarer Ansporn sein für die potentiellen Bewerber. Wenn er es richtig macht und erste Impulse setzen kann, wird es die Stelle weiterhin geben.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Es geht hier um die Grundstückgewinnsteuer und betrifft eine Spezialmaterie innerhalb des Steuerrechts. Deshalb dauert es relativ lange, bis eine Person auf der Höhe ist und die Materie begreift. Die Stadt investiert relativ viel in die Person. Wenn die Stelle auf zwei Jahre befristet wird, besteht das Risiko, dass die Person abwandert – zum Beispiel nach Zürich, wenn dort eine Stelle ausgeschrieben ist. Vielleicht sind dort die Bedingungen ein wenig besser als in der Stadt Winterthur. Die Ratsmitglieder müssen entscheiden, ob eine Befristung gut ist oder nicht. Die Grüne/AL-Fraktion wird der Befristung nicht zustimmen.

R. Kappeler (SP): Nach dem Lesen des Antrag, sind R. Kappeler zwei Verdachtsmomente eingefallen. Der erste Verdacht lautet; die FDP will die Grundstückgewinnsteuer generell abschaffen. Deshalb wird die Stelle in zwei Jahren nicht mehr benötigt. R. Kappler hegt zudem den Verdacht, dass U. Hofer den ausgebildeten Spezialisten nach zwei Jahren für sein Anwaltsbüro übernehmen will – vielleicht trifft das auch die Stadt Zürich zu. Ernsthaft: Wenn Winterthur auf dem Gebiet Grundstückgewinnsteuer einen Fachmann hat, soll er für einen längeren Zeitraum eingestellt werden. R. Kappeler bittet die Ratsmitglieder, auf Ch. Griesser zu hören. Es handelt sich um eine hoch spezialisierte Stelle im Rechtsdienst. Im ersten Jahr muss die Stadt sicher viel mehr investieren als sie profitieren kann. Im zweiten Jahr ist das Potential noch nicht wirklich ausgenutzt. Wenn sich die Stelle langsam rentieren würde, muss die Person bereits wieder auf die Strasse gestellt werden. Das kann es nicht sein.

Th. Deutsch (EVP/BDP): Auch die EVP/BDP-Fraktion ist gegen den Antrag der FDP. Es handelt sich um eine hoch spezialisierte Tätigkeit. Es ist deshalb fraglich, ob für zwei Jahre jemand gefunden werden kann, der sich in diesem Bereich auskennt und die erforderlichen Kenntnisse mitbringt – wenn überhaupt auf dem freien Markt jemand gefunden werden kann. Wenn nicht, muss die Stadt die Person selber ausbilden. Dann muss viel Zeit investiert wer-

den. Wenn die Stadt von dieser Investition profitieren könnte, müsste die Person bereits wieder entlassen werden.

F. Albanese (SVP): Die SVP stimmt dem Antrag der FDP zähneknirschend zu. Eigentlich ist die SVP der Meinung, dass der Stellenetat nicht weiter aufgebaut werden müsste. Die einfache Formel, mehr Steuern einzutreiben, funktioniert nicht so einfach. In diesem Fall, weil es sich um einen speziellen Bereich handelt und durch die Einstellung eines Rechtskonsulenten unter Umständen auch den Eigentümern Vorteile bringen könnte, indem gewisse Geschäfte rechtskonform abgewickelt werden, ist einzusehen, dass eine Prüfung sinnvoll ist. Aus diesem Grund kann die SVP einer befristeten Stelle zustimmen. Wenn dem nicht so wäre, kann die Stellen wieder abgeschafft werden. Deshalb unterstützt die SVP den Antrag der FDP.

I. Kuster (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion stimmt der Befristung zu. Wie bereits erwähnt, will auch die CVP/EDU-Fraktion eine Zwischenbilanz sehen. Wenn das gut läuft, der Super-crack gefunden worden ist und dieser nach zwei Jahren nicht auf eine Weltreise geht, kann man bereits nach einem Jahr über das weitere Vorgehen entscheiden.

A. Steiner (GLP/PP): Auch die GLP/PP-Fraktion wird der Befristung zustimmen. Mit den gleichen Argumente wie sie I. Kuster repetiert hat. Man kann tatsächlich nach einem oder eineinhalb Jahren eine Beurteilung vornehmen und die Stelle weiterführen, wenn ausgewiesen ist, dass sie der Stadt Vorteile bringt.

Stadträtin Y. Beutler: Ch. Griesser kennt sich im Steuerrecht aus. Die Grundstückgewinnsteuer gehört zu den komplexesten Rechtsgebieten. Fachleute sind in der Regel nicht per Stellenanzeige zu finden. Man muss viel in die Ausbildung investieren. Das Dauert in der Regel ein bis zwei Jahre. Das Departement kann auch eine Person zwei Jahre lang ausbilden und sie dann anderen Gemeinden überlassen. Das macht aus der Sicht der Stadträtin nicht viel Sinn. Vor allem weil in dieser kurzen Frist die Auswertung nicht möglich ist. Das ist das Eine. Was aber sicher möglich ist, das ist die Überprüfung von Tendenzen. Es handelt sich um eine Stelle mit Schwergewicht Grundstückgewinnsteuer, soll aber auch den Rechtsdienst ergänzen. Es ist bekannt, dass sich der Rechtsdienst mehr als nur refinanziert. Die Einschätzungen werden durch den Rechtsdienst vorgenommen. Wenn das eine oder andere nicht stimmt, wird der Fall weitergeleitet. Diese Gelder kommen der Stadt zugute. Von daher macht diese Stelle in doppelter und dreifacher Hinsicht Sinn. Damit können auch die penden-ten Fälle abgebaut werden. Die Leute warten auf eine Endabrechnung der Grundstückgewinnsteuer. An dieser Stelle kann die Stadt beginnen, ein Kompetenzzentrum aufzubauen. Das ist als Balancemassnahme vorgesehen. Die Stadt könnte damit Geld verdienen. Die Gemeinden haben ebenfalls Schwierigkeiten, diese Stelle zu besetzen. Winterthur erhält zusätzliche Kapazitäten im Rechtsdienst und kann dafür sorgen, dass die Steuern bezahlt werden.

Ratspräsidentin Ch. Leupi lässt über die Befristung auf zwei Jahre abstimmen.

Der Rat stimmt der Befristung mehrheitlich zu. Damit ist die Produktegruppe Steuerbezug abgenommen.

240000 Immobilien: Keine Anträge, damit ist die Produktegruppe abgenommen.

263000 Städtische Allgemeynkosten/Erlöse

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Es sind drei Anträge gestellt worden. Die Anträge der SVP und der PP sind zurückgezogen worden.

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP stellt den Antrag, den Globalkredit um 50'000 Franken zu erhöhen. Heute Abend ist mehrmals über die Integrationsarbeit diskutiert worden. Die beste Integrationsarbeit wird über die Vereine der Stadt Winterthur geleistet. Ehrenamtlich wirken-

de Institutionen sind enorm wichtig. Unter anderem ist eine Beteiligung der Vereine an den integrativ sehr wichtigen Dorfete und am Albanifest wichtig. Es sind unzählige Vereine, die sich für diese Feste einsetzen. Die Vereine sind extrem vielseitig. Es gibt kulturelle Vereine, sportliche Vereine, ausländische Vereinigungen, die sich an den Dorfete und am Albanifest präsentieren. Für die Vereine war es in den vergangenen Jahren zunehmend schwieriger Leute zu finden, die den riesen Aufwand auf sich nehmen, weil letztendlich immer weniger in der Kasse geblieben ist. Die Kosten sind in den vergangenen Jahren sehr stark gestiegen – nicht nur in Bezug auf die Gebühren, auch die Zelte und die übrige Infrastruktur werden immer teurer. Die Vereine werden dadurch zunehmend dazu verleitet, sich nicht mehr an diesen Festen zu beteiligen. Es ist für diese Feste aber von grosser Bedeutung, dass sich die Vereine engagieren. Ansonsten verkommen die Dorfete und das Albanifest zu reinen Kommerzfesten. Sie haben keinen integrativen Charakter mehr. Die Bewohnerinnen und Bewohner von Winterthur engagieren sich nicht mehr persönlich sondern konsumieren nur noch. Das ist aus der Sicht der GLP eine falsche Entwicklung. Entsprechend stellt die Fraktion den Antrag, dass 50'000 Franken bereitgestellt werden sollen für die Vereine, die sich an den Dorfete und am Albanifest engagieren.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Für die Fraktion Grüne/AL ist das Albanifest genug gross. Das Gejammer über die Kosten deutet darauf hin, dass sehr viele Vereine das Albanifest als Geldmaschine missbrauchen. Zurzeit ist nicht klar, wie viel die Stadt direkt oder indirekt an das Albanifest bezahlt. Es ist auch nicht klar, wie hoch die Gebühren, die von der Stadt verrechnet werden, wirklich sind – ob sie zu hoch oder zu tief sind. Vor allem ist nicht klar, ob das Gejammer der Vereine wirklich gerechtfertigt ist. Solange das nicht klar ist, lehnt es die Fraktion Grüne/AL ab, mehr Geld für das Albanifest zu bewilligen. Im Fall der Dorfete beurteilt die Fraktion die Situation anders. Dort ist eine Unterstützung durch die Stadt vorstellbar. Der Antrag der GLP ist aber ein Paket. Die Grüne/AL-Fraktion hat Kontakt mit der GLP aufgenommen und erklärt, dass man sich einen Kompromiss vorstellen kann. Die GLP interessiert das nicht. Deshalb lehnt die Grüne/AL-Fraktion den Antrag ab.

R. Kappeler (SP): Der SP-Fraktion geht es ähnlich wie den Grünen. Grundsätzlich hat niemand etwas gegen das Albanifest. Zum grossen Teil handelt es sich um gern gesehene Gäste. Insbesondere wird der Einsatz von Freiwilligen durchaus geschätzt. Inhaltlich ist der Antrag absolut sympathisch. Aber R. Kappeler hat in Erinnerung, dass vor nicht allzu langer Zeit im Rat die Forderung nach Kostentransparenz diskutiert worden ist. Der Bericht aus dem DSU lässt noch immer auf sich warten. Die SP will wissen, wie stark die Stadt bereits heute das Albanifest subventioniert, obwohl am Prominentenanlass des Albanifestes das Gegenteil behauptet worden ist. Die Stadt ist dabei nur kritisiert worden aufgrund der Gebührenerhöhungen. So lange nicht auf der Basis von konkreten Zahlen ein Entscheid gefällt werden kann, wird die die SP-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

U. Hofer (FDP) freut sich aufrichtig, dass er für einmal die Voten von R. Kappeler und Ch. Griesser unterstützen kann. Als bekennender Konsument anerkennt U. Hofer, dass die Stadt- und Quartierfeste eine wichtige Funktion für die Identität und für das Leben der Stadt Winterthur haben. Der Zeitpunkt des Antrags, beziehungsweise die Frage, ob der Antrag wirklich ausgereift ist, lässt die Vermutung aufkommen, dass es sich um eine voreilige PR-Aktion handeln könnte. Das DSU ist bekanntlich bereits dabei, in der Frage nach einer Subventionierung des Albanifestes Transparenz zu schaffen und die Zusammenarbeit auf neue Grundlagen zu stellen. Die Ergebnisse dieses Projekts werden in Kürze erwartet – sicher noch im Jahr 2017. Ohne diese Informationsgrundlage über die bereits jetzt geleisteten versteckten Subventionsbeiträge und nicht weiter verrechneten Kosten irgendeine Beträge blind zu sprechen, macht keinen Sinnen. Die richtige Reihenfolge ist; erstens Transparenz schaffen, zweitens die Probleme analysieren und drittens bei Bedarf Geld sprechen. Dass der Antrag ausgerechnet von der GLP gestellt wird, die ansonsten auf einem Zweijahresplan, genauen Analysen und Zahlen besteht, macht etwas stutzig. Zusammengefasst: Ein gutes Anliegen, falscher Zeitpunkt – nein.

Th. Deutsch (EVP/BDP): Niemand im Saal hat etwas gegen das Albanifest oder gegen die Dorfete. Es sind wichtige Anlässe und langjährige Institutionen in der Stadt Winterthur. Th. Deutsch kennt diese Feste nicht nur als Konsument sondern steht auch manchmal an einem Stand. Das Hauptproblem ist nicht das Geld. Das Hauptproblem ist, Leute zu finden, die an den Ständen stehen und mitarbeiten. Das Albanifest dauert doch einige Tage. Die Stände müssen vom Morgen bis spät abends betreut werden. Das ist ein grösseres Problem als das Geld. Der Stadtrat arbeitet an einer Leistungsvereinbarung mit dem Albanifest. Das ist sinnvoll. Die EVP/BDP-Fraktion wartet das Resultat ab und wird dann die Ergebnisse prüfen. Die Fraktion lehnt den Antrag ab.

R. Keller (SVP): Es ist selten, dass R. Keller mit der linken Seite gleichzieht. Es ist sehr viel gesagt worden, mit dem er absolut einverstanden ist. Die Transparenz fehlt. Vor zwei oder drei Wochen war R. Keller an einer Werbeveranstaltung für das Albanifest. Dabei war ein ähnliches Gejammer zu hören wie heute Abend. Der Chef der Truppe hat erklärt, dass eine Rechnung von 120'000 Franken bezahlt werden muss. Er hat aber nicht gesagt, wie viel das Albanifest von der Stadt erhält. Auch R. Keller ist der Meinung, dass viel mehr Transparenz geschaffen werden muss. Er selber ist Akteur bei solchen Festen. Mit dem was zurzeit hinterherum läuft, damit ist er absolut nicht einverstanden. Den Antrag der GLP kann er nicht unterstützen.

I. Kuster (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion findet die Dorfete einen wichtigen Bestandteil der Winterthur Kultur ebenso die Vereine. Wie wichtig Vereine sind, zeigt die Interpellation zur Bedeutung der Vereine. Die CVP/EDU-Fraktion will vom Stadtrat wissen, welche Rolle die Vereine spielen. Die Forderung nach Transparenz kann die Fraktion befürworten. Trotzdem will sie nicht warten, bis alle Vereine abspringen, weil sie nicht mehr genügend einnehmen und sich der Aufwand nicht lohnt. Abgesehen davon ist es schwierig, genügend Personen zu finden. Deshalb unterstützt die CVP/EDU-Fraktion den Antrag der GLP:

A. Steiner (GLP/PP): Dankt der CVP/EDU-Fraktion für die Unterstützung und für das Verständnis für dieses Anliegen. A. Steiner stimmt mit allen Voten überein, mit denen Transparenz gefordert worden ist. Das ist richtig. Die GLP ist eine Verfechterin dieser Forderung. Auch im Kulturbereich und in vielen anderen Bereichen muss dringend Transparenz geschaffen werden. All die versteckten Subventionen sind nicht in Ordnung. Dem kann man nur zustimmen. Diese Transparenz kann aber nicht so schnell geschaffen werden. Zum Thema Kurzfristigkeit – die GLP hat bereits letztes Jahr einen Antrag gestellt. Sie ist nach wie vor der Meinung, dass es sich um einen guten Antrag handelt und dass diese Unterstützung wichtig ist. A. Steiner kennt mehrere Vereine, die sich zurückgezogen haben, weil Aufwand und Ertrag nicht mehr gestimmt haben. Jetzt kann man sich darüber unterhalten, ob man einfach zuschauen oder Gegensteuer geben soll. Die GLP will klar Gegensteuer geben.

St. Feer (FDP): Es ist an der Zeit, dass die FDP als Partei, die am Albanifest eine Festbeiz führt als Betroffene dazu Stellung nimmt. Es stört offenbar, dass man durch eigene Initiative anscheinend Geld verdienen kann. Der Gemeinderat ist eher kompetent Geld auszugeben als zu verdienen. An die Adresse von Ch. Griesser: St. Feer weiss nicht, welcher Verein am Albanifest Geld scheffelt. Diesen Blödsinn hat St. Feer noch nie gehört. Es ist umgekehrt. In der Regel fällt das Resultat ziemlich knapp aus und es wird nicht viel Geld verdient am Albanifest. Es gibt Stände, die sehr professionell arbeiten. Die sind aber weit weg vom Vereinsleben. Das entspricht auch nicht dem ursprünglichen Gedanken des Albanifestes. Die Standbetreiber haben ein grosses Problem. Es ist sehr schwer genügend Leute zu finden. Das ist auch an der Dorfete in Seen so. Leute zu finden, die innerhalb der Vereine den Identitätsfaktor und die integrative Bewegung fördern und entsprechend mitarbeiten, ist das Hauptproblem. Das hat für die Stadt eine Bedeutung aber auch für die Vereine. Letztlich ist das Hauptproblem Leute zu finden, die sich drei oder vier Tage Zeit nehmen für das Albanifest und für die Vor- und Nachbereitung des Festes. Das kann man auch an der Anzahl der Leute feststellen, die an einem Stand mitarbeiten. Sobald der Hauptbetrieb vorbei ist, ist es sehr schwierig für die Organisatoren Leute aus dem Verein zu finden, die nach dem Fest

mithelfen. Das betrifft auch die FDP. Man kann jetzt erklären, dass über eine Gebührenreduktion und mehr Transparenz alles gelöst sei. Das ist letztlich Sand in die Augen gestreut. Das passt ins Gesamtbild – mehr nicht. An der letzten Vorstandssitzung der FDP Mattenbach/Seen ist über die Dorfete Seen diskutiert worden. Was ist herausgekommen? Über das Ergebnis ist ca. 2 Minuten gesprochen worden und eine halbe Stunde über die Ressourcen, die für das nächste Fest rekrutiert werden könnten. Das ist das Problem. Für die Vereinsfeste können nicht mehr genügend Leute gefunden werden. Die Gebühren oder tiefe Einnahmen sind nicht das zentrale Problem. Natürlich wäre es schön, wenn mehr eingenommen werden könnte. Es ist sicher nicht so, wie das von Links präsentiert worden ist. Die Feste sollen keineswegs als Geldmaschinen dienen, wenn möglich am Steuerfiskus vorbei etc. Das ist an den Haaren herbeigezogen.

R. Diener (Grüne/AL), persönliche Erklärung: R. Diener hilft seit mehreren Jahren am Albanifest mit. Die Grünen haben zwar keinen eigenen Stand aber er hilft an einem linken Stand mit. Der rentiert sehr gut. Irgendwie machen die anderen etwas falsch. Der Stand am Kirchplatz bringt jedes Jahr einen namhaften Gewinn. Es ist sogar möglich, ein Fest für alle Helferinnen und Helfer zu organisieren. Hier läuft etwas schief bei den anderen.

St. Feer (FDP): Was ein namhafter Gewinn ist und was nicht, das ist immer relativ. Zurück zum Ernst der Lage: Es wäre erfreulich, wenn auch andere Parteien am Albanifest dabei wären. Das wäre gut für das Albanifest und für die politische Kultur in Winterthur. Das wäre mehr Wert, als 50'000 Franken zu sprechen. Auch wenn die Transparenz geschaffen worden ist, soll weiterhin auf Eigeninitiative gesetzt und nicht abgewartet werden bis endlich etwas passiert.

Stadträtin B. Günthard-Maier: Leistungsvereinbarung: Das war eine unterhaltsame, interessante und sehr differenzierte Diskussion zu einem sehr sympathischen Thema und Anliegen. Grundsätzlich sind sich alle einig. Alle wollen das Albanifest und die Dorfete behalten. Das Engagement der Vereine finden ebenfalls alle sehr gut. Das stellt die Leute aber auch vor immer grössere Herausforderungen. Die Frage stellt sich, ob heute der richtige Zeitpunkt für diesen Antrag ist. Der Stadtrat ist daran, die Sache genauer zu prüfen. Aufgrund von Fakten soll geklärt werden, wie in Zukunft mit den Stadtfesten umgegangen werden soll. Die Transparenz wird jetzt hergestellt. In einem ersten Schritt wird eine Leistungsvereinbarung für das Albanifest ausgehandelt. Wenn diese unter Dach und Fach ist, kommen die Dorfete an die Reihe. Die Gespräche und Verhandlungen laufen sehr gut. Die Stadträtin kann sich ein Smiley in die Unterlagen zeichnen. Das macht richtig Freude. Man ist gut unterwegs. Stadträtin B. Günthard-Maier wird mit dem Produkt dieser Arbeiten vor den Gemeinderat treten, wenn die Arbeit erledigt ist. Von daher handelt es sich bei diesem Antrag nicht um einen Stadtratsantrag. In diesem Sinne kann Stadträtin B. Günthard-Maier den Antrag nicht unterstützen. Sie würde aber die zustimmenden Stimmen symbolisch dahingehend interpretieren, dass diese Feste sehr wichtig sind.

Ratspräsidentin Ch. Leupi lässt über den Antrag, den Globalkredit um 50'000 Franken zu erhöhen, abstimmen.

Der Rat lehnt die Erhöhung ab. Damit ist die Produktegruppe Städtische Allgemeinkosten/Erlöse abgenommen.

280000 Steuern und Finanzausgleich diese Produktegruppe wird erst am Ende der Budgetberatung behandelt.

Bürgerrechtsgeschäfte

1. **B2016/011: OGWO Ifeany Chinedu, geb. 1985, nigerianischer Staatsangehöriger**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:2 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

2. **B2016/016: YILDIZ Yasin, geb. 1975, mit Kindern Sahra, geb. 2007, Sude, geb. 2009, und Feyza, geb. 2014, türkische Staatsangehörige**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

3. **B2016/020: CERCEL Hortensia, geb. 1972, deutsche Staatsangehörige**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

4. **B2016/027: KÜÇÜKERMEN geb. SAHIN Songül, geb. 1977, mit Kindern Ceren, geb. 2013, und Ceylin, geb. 2013, türkische Staatsangehörige**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

5. **B2016/030: TETIKASAR geb. KANSIZ Zühal, geb. 1963, türkische Staatsangehörige**
-

Th. Leemann (FDP): Herr Tetikasar wurde in der Bürgerrechtskommission befragt. Aufgrund ungenügender Staatskundekennntnisse empfiehlt die Kommission mit 6 zu 0 Stimmen die Rückstellung um ein halbes Jahr.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um ein halbes Jahr.

6. **B2016/076: YAQO Linda Ferman Yaqo, geb. 1982, irakische Staatsangehörige**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

7. B2016/077: ALIZAHDA Ali, geb. 1985, mit Kind Roya, geb. 2014, afghanische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

8. B2016/080: DODAJ Fron, geb. 1987, kosovarischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

9. B2016/081: HASSLER Rainer, geb. 1967, deutscher Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

10. B2016/082: HECKEN Anna Etta, geb. 1973, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

11. B2016/083: ISLER geb. BADASHKA Sviatlana, geb. 1974, belarussische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

12. B2016/084: LAURIA geb. MATKOVIC-GRGIC Ljubica, geb. 1973, kroatische Staatsangehörige, mit Kind Marianna, geb. 2001, italienische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

13. B2016/085: MESSINA geb. CRUPI Michelina, geb. 1973, italienische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

14. B2016/086: MÜHLEDER Elmar, geb. 1968, deutscher Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

15. B2016/087: SACKMANN Martin, geb. 1965, deutscher Staatsangehöriger, und Ehefrau SACKMANN geb. MARGUERIT Pascale, geb. 1969, französische Staatsangehörige, mit Kind Anne-Catherine, geb. 2002, deutsche und französische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

16. B2016/088: SANWALD Cordula Viola, geb. 1967, mit Kind MÜHLEDER Hannah Anouk, geb. 2007, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

17. B2016/089: SAVIC geb. DIMIC Aleksandra, geb. 1987, mit Kindern Tea, geb. 2013, und Lea, geb. 2016, serbische Staatsangehörige

Noch nicht behandlungsreif

18. B2016/091: STRATMANN Ute Maria, geb. 1961, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

Ratspräsidentin Ch. Leupi gratuliert allen, die heute ins Winterthurer Bürgerrecht aufgenommen worden sind und wünscht ihnen viel Erfolg auf dem weiteren Weg zum Schweizer Bürgerrecht.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

Ch. Leupi (SVP)

F. Landolt (SP)

A. Steiner (GLP)